

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 190

Mittwoch, 15. August 1928

35. Jahrgang

Der Panzerkreuzer

Eine offiziöse Erklärung

Eine offiziöse Erklärung zum Bau des Panzerschiffes A hebt hervor, daß dieser Bau bereits im geltenden Etatgesetz festgelegt sei, und sagt dann weiter zur Finanzfrage:

Die finanziellen Möglichkeiten sind auf das sorgfältigste nachgeprüft worden. Die Nachprüfung hat ergeben, daß Schwierigkeiten für den laufenden Etat 1928 durch die erste Bauquote für das Panzerschiff nicht entstehen. Bezüglich der künftigen Jahre ist auf Grund der Prüfungen und auf den eigenen Vorschlag des Reichswehrministers vom Kabinett festgelegt worden, daß Ersatzbauten der Marine unter allen Umständen nur innerhalb der Höhe des jetzigen Marineetats ausgeführt werden dürfen. Es ist also erreicht worden, daß an Durchführung des Weiterbaues des Panzerschiffes A die weiteren Bauquoten eventuell bei den Umständen für andere Ersatzbauten in Abzug gebracht werden müssen.

Dann aber ist schließlich — worauf ganz besonders Wert zu legen ist — ausdrücklich festgelegt worden, daß der Beginn des Baues des Panzerschiffes A in gar keiner Weise künftigen Entscheidungen über die etwaigen Panzerschiffe B, C und D vorgreife. Im Gegenteil war das Kabinett mit dem Reichswehrminister der Auffassung, daß diese Fragen selbstverständlich wie alle anderen Fragen künftiger Reichsetats ihre ordnungsmäßige parlamentarische Erledigung finden müssen.

Der Schlußsatz lautet wörtlich: „Nach alledem kann also gar keine Rede davon sein, daß irgend ein Kabinettsmitglied in die Notwendigkeit versetzt worden sei, seinen materiellen Standpunkt in der Panzerschifffrage aufzugeben. Soviele wir unterrichtet sind, dürfte von einem solchen Aufgeben seiner persönlichen Einstellung auch

bei keinem einzigen Mitglied die Rede sein. Nach dem ganzen Gang, den die Angelegenheit bei Erledigung des Reichshaushalts genommen hat, erscheint die getroffene Entscheidung gerechtfertigt, da die in der Entscheidung des Reichsrates aufgeworfenen Fragen eine zufriedenstellende Erledigung gefunden haben.“

Eine Stimme aus Belgien

Brüssel, 14. August (Eig. Drahtber.)

Der Beschluß der Reichsregierung, den Bau des Panzerkreuzers in Angriff zu nehmen, hat in der belgischen nationalistischen Presse eine wilde Hege entzündet. Es wird spöttisch vom „Panzerkreuzer der Internationale“ gesprochen, weil der Beschluß mit der Resolution des Brüsseler Internationalen Sozialistenkongresses über die Abrüstung zeitlich zusammenfiel.

Der „Peuple“ tritt dieser nationalistischen Hege scharf entgegen. Gerade die Nationalisten der Entente-Länder, die jede Verminderung der Rüstungen oder der Dienstzeit bekämpfen, hätten kein Recht, sich darüber zu beklagen, daß Deutschland innerhalb der strengen Grenzen des ihm von den Siegern diktierten Friedensvertrages rüste. Mit oder ohne diesen Panzerkreuzer bleibe die deutsche Kriegsflotte im Vergleich zu denen der großen Seemächte ein ohnmächtiges Spielzeug. Die Alarmrufe der nationalistischen Presse darüber, daß Deutschland nicht katholischer sein wolle als der Papst, daß es seine Rüstungen nicht noch unter das von den Siegern auferlegte Maß herabsenke, seien deshalb ebenso lächerlich wie heuchlerisch. Auch könne der Bau dieses Panzerkreuzers die Frage der internationalen Abrüstung nicht beeinflussen, denn diese hat in erster Linie natürlich nicht die durch die Friedensverträge bereits entwaffneten Nationen im Auge.

Total . . . !

Reichs-Mot ist jüdisch

Berlin, 15. August (Radio)

Ueber Ludendorffs Entdeckungsfahrten auf dem Gebiete der Freimaurerei und des Judentums hat schon mancher den Kopf geschüttelt. Die Hühnerwelt der letzten Wochen scheint einen besonders verwirrenden Einfluß auf ihn ausgeübt zu haben. Er hat die Ursachen der Eisenbahnkatastrophen entdeckt und gibt seine Erkenntnisse in der Deutschen Wochenschau Nr. 33 wie folgt an:

Jüdische Geschäftsleute seien es, die jüdisch äußerten, daß die Eisenbahnunfälle dem Flugverkehr, der sich in Deutschland so schwer einbürgere, und der Automobilindustrie sehr förderlich seien. „Sollten vielleicht“, so heißt es im Zeitdruck weiter, „die gehäuften Unfälle gar nicht so ohne die jüdische Beihilfe solcher Geschäftsinteressen zu erklären sein? Wäre es nicht ganz interessant zu wissen, wer die Notbremse bei dem letzten Eisenbahnunglück zog?“ Im Übrigen sei natürlich auch die Reichsbahn verdächtig, das gehe schon aus den Farben an den Schlagbäumen hervor, die „die rote und weiße Blüte des jüdischen Mägenzweiges, des Stabes Moses und des jüdischen Weltkneppers wiedergäben“.

Wie wär's, wenn Ludendorff sein treudeutsches Auge auch einmal nach Lübeck richtete. Er könnte da ebenfalls ganz schauerhafte Entdeckungen machen. Zum letzten Verfassungskongress haben sowohl die RLB, als auch der brave General-Anzeiger in den rot-weißen Farben des Stabes Moses geklagt. Wer zweifelt da noch daran, daß diese beiden Wäppler auf leisen Umwegen im Dienst der sieben Weisen von Zion stehen? Und wie viele brave Kaufleute, sonst an Stammtischen treudeutsch und streng arisch, haben gleichfalls dem jüdischen weiß-roten Weltknepper gehuldigt. Man sollte es kaum glauben, wie tief diese jüdische Seuche und das internationale Freimaurertum selbst in die edelsten Schichten der deutschen Nation eingedrungen sind.

Die Hugenbergkrise

Die deutschnationalen Zeitungen sind noch immer bemüht, die Dinge so darzustellen, als sei in Ostwestfalen und Lippe eine erhebliche Störung gegen den Reichstagsabgeordneten Hugenberg nicht vorhanden. Daß sie vorhanden ist, beweist jeder Tag und daß auch der Ausschlußantrag gegen Hugenberg ordnungsmäßig gestellt und weitergegeben ist, gibt der Vorstand der Ortsgruppe Detmold der Deutschnationalen Volkspartei durch die Veröffentlichung der folgenden Erklärung in der „Pippischer Tageszeitung“ zu:

„Es entspricht den Tatsachen, daß dem Vorstand der Ortsgruppe Detmold der NWV ein Antrag auf Ausschluß des Reichstagsabgeordneten Hugenberg aus der Partei zugegangen ist. Der Ortsgruppenvorstand hat, da er selbst nicht zuständig ist, den Antrag an den Vorstand des Landesverbandes Lippe weitergegeben.“

Uebrigens drohen die deutschnationalen Angestellten in Lippe und im östlichen Westfalen, in öffentlichen Ver-

sammlungen zum Fall Hugenberg Stellung zu nehmen, falls noch weiter in herabsehender Weise gegen die deutschnationalen Parteimitglieder Stellung genommen wird, die Hugenbergs Ausschluß beantragt haben. Es ständen nicht nur deutschnationalen Wähler aus Angestelltenkreisen hinter dem Ausschlußantrag gegen Hugenberg, sondern es hätten auch zahlreiche Bauern, Handwerker und selbständige Kleinrentner das Treiben Hugenbergs in der Deutschnationalen Partei gründlich satt.

Wer hat Deutschland gerettet? — die Juden

Der „Ludendorff Frankreich“, der bekannte Antisemit Roger Lambertin, hat kürzlich ein Buch „Die Siege Israels“ veröffentlicht. Darin führt er aus, daß die Juden die Retter Deutschlands seien. Sie hätten sich nach dem Kriege zusammengeschlossen, um Deutschland so schnell wie möglich wieder auf die Beine zu bringen und seine Zerstückelung zu verhindern. Während des Krieges haben, wenn nicht die Gesamtheit der Juden, so doch die größte Mehrzahl derselben für Deutschland Partei ergriffen. Auf jüdischen Einfluß sei es zurückzuführen, wenn in den Versailler Vertrag einige mildere Bestimmungen aufgenommen wurden.

Man vergleiche damit die Angriffe der deutschen Antisemiten, die in den Juden die Zerstörer Deutschlands sehen wollen und ihnen das Vaterlandsgefühl absprechen. Ganz amüsan ist, daß auch Herr Lambertin wie Ludendorff das Freimaurertum mit dem Judentum in Zusammenhang bringt und erklärt, die Freimaurerlogen bedeuteten „das Ende der christlichen Zivilisation“.

Die kroatische Opposition

Berlin, 15. August (Radio)

Britisch-serbisch, der Präsident der bäuerlich-demokratischen Koalition in Südbosnien hat in einem Hotel in Agram Pressevertreter empfangen, um ihnen Informationen über die Politik der Opposition zu geben. Er bestritt, daß Unstimmigkeiten innerhalb der Oppositionsparteien vorhanden seien und führte weiter aus, die Koalition führe den Kampf für die Gleichberechtigung aller Teile des jugoslawischen Staates. Die Regierung sei vergeblich bemüht, den Kampf der Koalition als einen Kampf des Kroatenums gegen das Serbentum hinzustellen. Es ständen auch die Serben in verschiedenen Teilen des Staates, besonders aber die Serben in Kroatien hinter der Opposition, ebenso ständen die Slowenen zum großen Teil der Koalition bei, deren Hauptziel die innere Umgestaltung des Staates auf der Grundlage der Gleichberechtigung sei. Die Ratifikation der Konventionen von Nettuno, die in einem Rumpfparlament ohne Beteiligung der Opposition erfolgt sei, werde eine traurige Erinnerung für das Volk Südbosniens bleiben.

53 Milliarden Mark in Gold . . .

. . . sind in der Welt neu verteilt worden. — Amerikas Goldherrschaft gebrochen. — Europas Schatzkammern füllen sich. — Für 3,3 Milliarden Mark Gold im internationalen Umlauf. — Gold aus dem Ural und aus Südafrika

Der amerikanische Federal Reserve Board hat kürzlich erklärt, daß er „die Neuverteilung der Goldvorräte der Welt für beendet ansehe“; tatsächlich ist aber die Verschiffung von Gold nach Europa noch völlig im Fluß, und unser Kontinent hat einen erheblichen Teil seiner früheren Goldreserven wieder gewonnen.

Die Welt hat sich daran gewöhnt, Amerika als den größten Goldbesitzer zu betrachten; doch ist in letzter Zeit ein so ansehnlicher Goldstrom nach Europa geflossen, daß nun — zum erstenmal seit dem Weltkrieg — der Anteil der europäischen Länder an den Goldvorräten der Welt mit 38,5 Prozent den Anteil der Vereinigten Staaten von 36,7 Prozent übertrifft. Noch Ende 1927 war das Verhältnis ganz anders, denn damals besaßen die Vereinigten Staaten 40,2 Prozent der gesamten Goldvorräte, die einen Wert von rund 53 Milliarden Mark darstellten, während sich ganz Europa mit 34,8 Prozent begnügen mußte. Daß sich die Vereinigten Staaten gegen einen weiteren Goldabfluß wehren wollen, geht daraus hervor, daß maßgebende Leute des Federal Reserve Board die Neuverteilung der Goldvorräte nunmehr so gut wie beendet erklären, nachdem die Goldverschiffungen nach Europa ein unerwartet großes Ausmaß angenommen haben. Nicht weniger als 2,16 Milliarden Mark in Gold hat Europa in den letzten sieben Monaten erworben, und vor allem Frankreich, England, Deutschland, Italien und Belgien haben größere Mengen Gold gekauft. Während nun Frankreich größtenteils amerikanisches Gold kaufte, haben Deutschland und England beträchtliche Mengen des edlen Metalls aus Rußland erworben, das im Laufe eines halben Jahres für 72 Millionen Mark Gold abgegeben hat.

Die Erwerbung des russischen Goldes, das meist aus den Bergwerken des Urals stammt, war mit einigen Schwierigkeiten verknüpft; als Deutschland nämlich eine größere Goldladung erwarb, ergaben sich plötzlich ungeahnte diplomatische Verwicklungen. Die Reichsbank hatte das Gold nicht unmittelbar von Rußland, sondern über New York gekauft, ohne zu wissen, daß die Franzosen vor dem Ankauf des Goldschiffes gewarnt hatten. Frankreich behauptete nämlich, daß die fragliche Ladung nicht russisches, sondern französisches Gold enthalte, das Frankreich während des Krieges der Zarenregierung geborgt hätte. Nach Eroberung der Macht hätten sich dann die Bolschewisten das Gold widerrechtlich angeeignet. Ungeachtet dieses Protestes hatte nun Amerika das fragliche Gold an Deutschland weiterverkauft, und das Schiff sollte seine Rückreise nach Europa antreten. Da behaupteten französische Zeitungen, daß Deutschland das Gold auf hoher See auf einen anderen Dampfer umladen wolle, weil man auf deutscher Seite angeblich befürchtete, daß der Dampfer beim Anlaufen von Cherbourg von den Franzosen beschlagnahmt werden würde. Lebhaftige Debatten entspannen sich über diese angebliche deutsche List, denn eine solche Umladung auf hoher See verstößt gegen das internationale Schiffsfahrtsrecht. Juristische Autoritäten beider Länder trafen bereits Anstalten, umfangreiche und gewichtige Gutachten abzufassen, als nach Deutschland gemeldet wurde, daß die umstrittenen Goldbarren erst in diesen Jahren im Ural gewonnen worden sind; das konnte auch aus der Abstempelung der Barren bewiesen werden. Aber nicht nur russisches, sondern auch südafrikanisches Gold hat Deutschland erworben; vor kurzer Zeit kaufte eine deutsche Firma von der Bank von England Gold im Werte von 763 000 Pfund Sterling, also für über 15 Millionen Mark, das der deutschen Reichsbank zufließt. In der Zeit vom 31. Dezember 1927 bis zum 15. April 1928 hat der Goldbestand der Reichsbank um 154 Millionen Mark zugenommen, während die Bank von England in derselben Zeitperiode nur für 140 Millionen Mark Gold angekauft hat. Der weitaus größte Goldkäufer ist Frankreich gewesen, das bis zum Juni 1928 für 920 Millionen Mark allein aus den Vereinigten Staaten gekauft hat.

Die Reichsbank scheint sich zu den Goldkäufen nur zögernd entschlossen zu haben, denn noch bis zum Spätherbst 1927 hat sie sich gegen den Ankauf von fremdem Gold gestäubt, um nicht den Notenumlauf wegen solcher Geschäfte erhöhen zu müssen. Aber die Verhältnisse waren stärker als der Wille des Reichsbankpräsidenten Dr. Schaaf; die Reichsbank ist nämlich gesetzlich verpflichtet, jederzeit Gold zu einem bestimmten Mindestpreis anzukaufen. Selbstverständlich kann man es den Amerikanern nicht verdenken, wenn sie sich etwas beunruhigt fühlen, ist doch der amerikanische Goldbestand im Verlauf des letzten Jahres von 4610 Millionen Dollars auf 4161 Millionen zurückgegangen. Mittelbar wurde dieser Zustand von Amerika selbst herbeigeführt, denn durch die großzügige Gewährung von Krediten, also durch die Ausfuhr von amerikanischem Geld mußte der

Wert des Dollars natürlich ein wenig sinken, und dieser Rückgang des Dollarkurses zeigte zum Ankauf von amerikanischem Gold. Andererseits muß man aber bedenken, daß ungeheure Mengen europäischen Goldes seit Kriegsbeginn nach Amerika geflossen sind, denn die Schuldner Amerikas und die Käufer amerikanischer Waren zahlten mit Gold, und so flutete eine riesenhafte Goldwelle unaufhörlich nach Amerika, wo sich die Goldmassen wie in einem Riesenspeicher sammelten. Die unnatürliche Anhäufung von Goldvorräten in einem einzigen Land war aber ein ungesunder Zustand, und wenn die amerikanischen Finanzleute auch mit einem leisen Bedauern ein Nachlassen der amerikanischen Hegemonie im Weltwirtschaftsleben feststellen müssen, so erkennen wir mit einer gewissen Erleichterung, daß Europa sich zu kräftigen beginnt, nachdem die wichtigsten Länder ihre zerstörte Goldwährung einigermaßen wieder hergestellt haben.

Große Teile des deutschen Volkes hatten gehofft, daß die lange vermissten Goldstücke bald nach der Stabilisierung wieder auftauchen würden; aber entgegen dieser Erwartungen hat man in Deutschland die Neuprägung von Goldmünzen nicht wieder aufgenommen. Auch in den meisten anderen europäischen Ländern hat man von der Goldmünzprägung abgesehen, nur die Vereinigten Staaten und Indien können sich eines größeren Umlaufs von Goldmünzen rühmen. Die Weltbestände an Gold haben sich aber seit 1913 nicht etwa vermindert, sondern sind sogar um viele Milliarden Mark gestiegen. Aber während vor dem Krieg ungefähr 17 Milliarden als Goldmünzen rollten und nur 24 Milliarden in den Kassen der Banken lagen, sind jetzt die Kassenbestände auf 41,8 Milliarden angewachsen, und nur noch für 33 Milliarden Mark Gold befindet sich gemäßigt im freien Verkehr. Davon entfallen auf die Vereinigten Staaten ungefähr 1,9 Milliarden Mark, auf Indien etwa 850 Millionen, während in ganz Europa nur noch ungefähr für 236 Millionen Goldmünzen im Verkehr sind. In Europa steht die Schweiz mit 160 Millionen Mark Goldmünzen an der Spitze, an zweiter Stelle steht Holland, gleich darauf — eine Kuriosität — behauptet das kleine Albanien den dritten Platz, obwohl es nur für 100 000 Mark Goldmünzen besitzt.

Trotz der vielen neuen Projekte, die man den vertriebenen Staaten vorschlug, als sie an die Sanierung ihrer zerrütteten Währung schritten, sind doch alle zur Goldwährung zurückgekehrt. In Deutschland kam das Projekt Hefserichs, die Roggenmark, nicht zur Ausführung, und auch die anderen Pläne, die den Geldwert auf einer anderen Basis festsetzen wollten, sind nicht verwirklicht worden. In den letzten Tagen kam jedoch eine aufsehenerregende Meldung aus London, die alle Staaten aufhorchen ließ. J. R. Gibson, der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Standard Bank of South Africa, erklärte nämlich, daß eines Tages die Goldvorräte der Randgebiete in Südafrika erschöpft sein werden. Glücklicherweise ist die Erzeugung in Transvaal gestiegen; sie hat zum erstenmal den Umfang von 19 Millionen Unzen und damit einen Wert von 860 Millionen Mark überschritten. Trotzdem ist die Weltproduktion aber im Vergleich zu 1913 um 10,8 Millionen Pfund, also um ungefähr 220 Millionen Mark, gesunken. Nachdem nun alle bedeutenden Staaten zum Goldstandard zurückgekehrt sind, wird die Gefahr einer Goldverknappung akut. Da nun alle Länder mit Goldwährung ein lebhaftes Interesse daran haben, daß der Goldpreis vor wilden Schwankungen bewahrt bleibt, so müssen sie durch internationale Zusammenarbeit dafür sorgen, daß eine Heraushebung des Goldpreises, wenn sie nun einmal unvermeidlich sein sollte, möglichst langsam und ohne Störungen für die Wirtschaft vorgenommen wird. Dr. E. K.

Wie stark sind die Kommunisten?

Bericht der kommunistischen Sektionen an den 6. Weltkongreß

Auf dem Brüsseler Kongreß der Sozialistischen Arbeiterinternationale ist festgestellt worden, daß die sozialistischen Parteien in der Welt über 6 Millionen organisierte Anhänger haben. Der Tätigkeitsbericht der Exekutive der kommunistischen Internationale an den 6. Weltkongreß gibt die Möglichkeit eines Vergleichs. An der Hand dieses Berichts geben wir in folgendem die Zahlen über die Stärke der kommunistischen Organisationen wieder

R.P. Deutschland	124 729 Mitglieder
R.P. der Tschechoslowakei	150 000 Mitglieder
R.P. Frankreich	52 376 Mitglieder
R.P. Schweden	15 479 Mitglieder
R.P. Amerika	12 000 Mitglieder
R.P. England	9 000 Mitglieder

Die stärkste kommunistische Partei außerhalb Rußlands existiert also nicht in Deutschland, sondern in der um vieles kleineren Tschechoslowakei. Ueber die Verhältnisse der kommunistischen Partei in Deutschland heißt es in diesem Bericht:

„In der Periode zwischen dem 5. und 6. Weltkongreß hat sich der Mitgliederbestand der K.P.D. wie folgt verändert:

1924: 121 324 Mitglieder	1926: 134 248 Mitglieder
1925: 122 755 Mitglieder	1927: 124 729 Mitglieder

Zum Parteitag 1926 hatte die K.P.D. 145 000 Mitglieder. Die Zahlen für 1926/27 sind um 20 Prozent niedriger angegeben, als das der Wirklichkeit des Mitgliederbestandes der K.P.D. entspricht, da nur die zahlenden Mitglieder angeführt wurden. Aber auch mit diesem Vorbehalt zeigen die angeführten Zahlen, daß das zahlenmäßige Wachstum der K.P.D. zum Stillstand gelangt ist. Die Auflage der Parteipresse ist mehr als doppelt so hoch als der Mitgliederbestand der Partei. Das K.P.D. der K.P.D. rechnet mit 280 000 regelmäßigen Lesern der Parteipresse.

Ueber die Zusammensetzung der kommunistischen Mitgliedschaft heißt es im Bericht:

„So ergab die Reichskontrolle, daß bis zur Mitte des Jahres 1927 nur 61,67 Prozent der Parteimitgliedschaft gewerkschaftlich organisiert waren, 1,18 Prozent waren aus den Gewerkschaften ausgeschlossen und 21,60 Prozent der Mitglieder waren erwerbslos. Der größte Teil der K.P.D.-Mitgliedschaft befindet sich in Klein- und Mittelbetrieben. Die Reichskontrolle ergab, daß 70 Prozent aller Parteimitglieder in Betrieben bis 500 Mann Belegschaftsstärke arbeiten, 22 Prozent in Betrieben mit 500 bis 3000 Arbeitern und nur 1 Prozent in Betrieben mit Belegschaftsstärke von mehr als 3000. In einigen Großbetrieben hat die K.P.D. gar keinen Einfluß.“

Außer den angeführten Sektionen haben die Kommunisten noch Parteien in folgenden Ländern: Belgien 1500 Mitglieder, Holland 1400, Dänemark 1400, Norwegen 8000, Österreich 10 000, Schweiz 3500, Jugoslawien 3000, Griechenland 2000, Kanada 5600, Mexiko 1000, Australien 500, Portugal 70 Mitglieder.

Neben der kommunistischen Partei Rußlands, die jetzt etwa 1 300 000 Mitglieder hat, verfügen die kommunistischen Parteien in der Welt über ungefähr 375 000 organisierte Mitglieder gegenüber den 6 Millionen der Sozialistischen Arbeiterinternationale.

Der Schwedentrust in Lettland

Eine Korruptionsaffäre

Riga, 11. August (Eig. Ber.)

Seit langem bemüht sich der Schwedische Zündholztrust, eine der stärksten Positionen des internationalen Kapitals, um das Zündholzmonopol für Lettland. Die gesamte, recht bedeutende Zündholzindustrie Lettlands sollte dem Trust gegen gewisse finanzielle Leistungen auf Jahrzehnte hinaus verpfändet werden. Die bürgerliche Regierung Juratschewsky unterzeichnete auch diesen Vertrag, konnte aber seine Ratifizierung vor dem Parlament nicht durchsetzen, da die lettische Sozialdemokratie sich mit aller Kraft gegen diese Verschärfung von Nationalvermögen wehrte.

Seit einigen Wochen gingen Gerüchte um, daß bei den Verhandlungen der Regierung mit dem Schwedentrust nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sei. Der Führer der lettischen Sozialdemokratie, Abgeordneter Julius Zelms, trat schon am 6. Juli in einer großen öffentlichen Protestversammlung mit der Anklage hervor, daß in der Angelegenheit des Schwedentrusts Bestechungsgelder eine entscheidende Rolle gespielt hätten. Sowohl am 6. wie auch am 26. Juli übergab Abg. Zelms dem Rigaer Bezirksgericht Anklagematerial. Aus diesem Material geht hervor, daß das schwedische Kapital schon im Jahre 1910 versucht hat, Einfluß in Lettland zu gewinnen und zu diesem Zweck größere Geldsummen überwiesen hat.

Ferner ist festgestellt, daß vor etwa zwei Jahren eine Summe von mehreren zehntausend Dollar aufgewandt wurde, um zu erreichen, daß das lettische Finanzministerium keine Konzessionen auf Zündholzfabriken mehr erteile. In der Tat sind nach diesem Zeitpunkt keine Konzessionen mehr erteilt worden. Dem Abgeordneten Zelms wurde ferner von einer Seite, die bereit ist, dies ebdlich zu bekräftigen, mitgeteilt, daß der Vertreter des Schwedentrusts einen größeren Betrag dafür ausgesetzt habe, die Stimmen der Sozialdemokraten für den Zündholzvertrag zu kaufen.

Dieses gesamte Material, das die Sozialdemokratie der Staatsanwaltschaft übergeben hat, wurde durch die Veröffentlichung eines Briefes getönt, den der Schwedentrust an seinen Vertreter in Riga sandte und der zur rechten Zeit in die Hände der Opposition fiel. In diesem Briefe macht der Trust seinem Vertreter Vorwürfe darüber, daß er dem lettischen Finanzminister Lepin und dem Rigaer Rechtsanwalt Birzniek vorzeitig 50 000 Dollar ausgezahlt habe, bevor noch die Ratifizierung des Vertrages festgestellt sei. Die Veröffentlichung dieses Briefes in der oppositionellen Presse schlug wie eine Bombe ein. Die Photographie des Brieforiginals wurde dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß und dem Staatsanwalt übergeben. Die Regierungsblätter versuchen zwar, den Brief als eine Fälschung hinzustellen. Man muß die endgültige Klärung der Angelegenheit durch das Gericht abwarten, um abschließend urteilen zu können. Eines steht aber schon heute fest, daß nämlich die Sozialdemokratie sich gewiß nicht leichtfertig zu diesen schweren Anklagen hat hinsetzen lassen, sondern erst nach reiflicher Prüfung des vorhandenen Beweismaterials sich zum risikolosen Vorgehen entschlossen hat.

Die unmittelbaren politischen Folgen traten sofort ein. Die Sozialdemokratie sowie einige andere Oppositionsgruppen boykottierten die Zusammenarbeit mit dem Finanzminister in den Parlamentskommissionen und fordern den Rücktritt des Finanzministers bis zur gerichtlichen Entscheidung. Die der Regierungskoalition angehörende Partei der Jungwirte erklärt, daß sie, sowie sich die Anschuldigungen der Mitglieder der Regierung als wahr erweisen sollten, aus der Koalition auscheiden werde. Ueber die wahren Folgen ist noch nichts bekannt. Die Sozialdemokratie ist aber entschlossen, den Kampf gegen die Korruption bis zum äußersten zu führen. Die Sozialdemokratie fordert strenge Untersuchung und gerichtliche Verfolgung aller Schuldigen.

Die Metallarbeiter in Karlsruhe

Schwache Opposition der Kommunisten

Zu Ehren der Delegierten zum Verbandstag des deutschen Metallarbeiterverbandes veranstaltete die Ortsgruppe Karlsruhe am Montagabend eine Begrüßungsfeier, die einen riesigen Besuch aufzuweisen hatte. Mehrere laufende Teilnehmer aus Karlsruhe und den Nachbarstädten hatten sich eingefunden, um im Kreise der Vertreter des deutschen Metallarbeiterverbandes einen unterhaltenden Abend zu verbringen. Das Programm bestanden Mitglieder des badischen Landesverbandes und die Karlsruher Holzzeitung. Der Vorsitzende der Ortsverwaltung Karlsruhe, Schulenburg, begrüßte die Delegierten auf das herzlichste.

Am zweiten Verhandlungstag wurde in der Beiratsberatung des Vorstandes mitgeteilt. Hauptkassierer Schäfer gab den Kassierenbericht. Er teilte zunächst mit, daß auf Beschluß der Verwaltungsreformkommission des DGB ein einheitliches Mitgliedsbuch eingeführt werden soll, ferner ein einheitlicher Mitgliedsbeitrag, der mindestens einen Stundenlohn betragen müsse und schließlich ein einheitlicher Schlüssel für die Errechnung der einzelnen Unterhaltungsbeiträge. Zum Kassierenbericht selbst bemerkte der Berichterstatter, daß der Abschluß zum erstenmal seit zehn Jahren als günstig bezeichnet werden könne. Der Vorstand habe von der ihm vor zwei Jahren gegebenen Ermächtigung, eine Beitragserhöhung vorzunehmen, keinen Gebrauch gemacht. Die „Metallarbeiterzeitung“ erscheine wieder achtsseitig, der Aufwand für das Blatt sei um über 200 000 Mark gestiegen. Die Ausgaben für die Metallarbeiterjugend hätten sich verdoppelt. Ebenso seien die Ausgaben für die Bezirksleitung gestiegen. Dem Vorstand sei es dagegen gelungen, die Verwaltungskosten der Organisation nicht erhöhen zu müssen; er sei bemüht, so weit wie möglich zu sparen. Die Beitragsleistung an den DGB bringe eine erhebliche Belastung. Sie habe sich in den letzten Jahren um 66 Prozent erhöht. Die Aufrechterhaltung der internationalen Beziehungen verurteile eine kleine Steigerung der Ausgaben. Die Ausgaben für die Erwerbslosenunterstützung seien im Jahre 1927 von 22 Millionen auf 8½ Millionen Mark zurückgegangen. Im ersten Halbjahr dieses Jahres hätten sie aber bereits wieder 6 Millionen Mark betragen. Für

Streikunterstützung seien in diesem Jahre bis jetzt schon 10 Millionen Mark aufgewandt worden. — Den Ausschußbericht erstattete Robert Weisig-Frankfurt. Er berichtete über eine Anzahl Beschwerden und beantragte Entlastung des Kassierers. Den Bericht der Redaktion der „Metallarbeiterzeitung“ erstattete Fritz Kummer. Er macht eingehende Darlegungen über den Ausbau der „Metallarbeiterzeitung“, die sich immer größerer Beliebtheit bei den Verbandskollegen erfreue und durch die Berücksichtigung der Interessen der Frauen auch bei diesen wachsenden Anhang finde. Die Redaktion sei bestrebt gewesen, die Zeitung zu einem gewerkschaftlichen Familienblatt auszugestalten; das sei auch gelungen. Ueber die Einführung einer Seite Annoncen bestünden starke Meinungsverschiedenheiten, die Redaktion würde ihr Verschwinden begrüßen.

Vor Beginn der Aussprache über den Vorstandsbereich wurde erneut der Wunsch um Gewährung einer verlängerten Redezeit abgelehnt. In der Aussprache kamen gegen 25 Redner zu Wort. Im großen und ganzen wurde an der Tätigkeit der Verwaltung keine wesentliche Kritik geübt. Es wurde der Wunsch nach Schaffung größerer Tarifgebiete ausgesprochen. Weiter wurden Grenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Verbänden behandelt, sowie die Jugendfrage und die Frage der Gewinnung weiblicher Mitglieder. Die kommunistische Opposition erschöpfte sich in kleinen Wiederholungen und in der Austragung lokaler Streitigkeiten. Nierherholt wurde den Kommunisten von den Rednern der Mehrheit entgegengehalten, daß sie trotz ihrer beständigen keinem einzigen Wort Vorschläge gemacht hätten, wie es anders gemacht hätte werden sollen. Der Verlauf der Debatte, die sich den ganzen zweiten Tag hinzog, zeigte, daß die Opposition fast zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist.

Im Verlauf der Nachmittagsitzung fand ein Aufmarsch der Metallarbeiter des Karlsruher Industriegebietes vor dem Tagungsort statt. Die Vertreter der Metallarbeiter-Internationale hielten Ansprachen an die versammelten Massen. (Der Anfang des Berichts befindet sich auf Seite 8 des Hauptblattes)

Neuregelung der Krisenunterstützung

Die Krisenunterstützung wird auf Grund der vom Reichstag im Juli aufgestellten Forderungen vom Reichsarbeitsminister im Verordnungsweg nunmehr neu geregelt. Der Kreis der Personen, die zur Krisenunterstützung zugelassen sind, war bisher im wesentlichen beschränkt auf die Arbeitslosen bestimmter Berufsgruppen (Gärtner, Metall- und Maschinenindustrie, Leder-, Holz- und Bekleidungsindustrie, Angestelltenberufe). Zu diesen Berufsgruppen tritt nunmehr noch die Glaserindustrie sowie das Bühnenpersonal der Theater und Lichtspielunternehmungen hinzu. Un- und angelernte Fabrikarbeiter werden unter den gleichen Bedingungen, unter denen sie schon bisher von den Landesarbeitsämtern zur Krisenunterstützung zugelassen werden konnten, künftig Krisenunterstützung erhalten, ohne daß es einer besonderen Zulassung durch das Landesarbeitsamt bedarf. Die Befugnis der Vorsitzenden der Landesarbeitsämter, die Krisenunterstützung weiteren Berufsgruppen zusammen zu lassen, wird erweitert. Wichtig ist besonders, daß die Landesarbeitsamtsvorsitzenden auch Angehörige des Spinnstoffgewerbes zur Krisenunterstützung zulassen können, soweit ein Bedürfnis dazu besteht. Die Vorsitzenden der Landesarbeitsämter dürfen ferner die Krisenunterstützung auf weitere Berufsgruppen für Gemeinden mit nicht mehr als 25 000 Einwohnern ausdehnen, in denen infolge außergewöhnlicher Ereignisse oder Umstände ein lang anhaltender schwerer Mangel an Arbeitskräften besteht.

Die Höchstdauer der Krisenunterstützung wird für Arbeitslose, die das 40. Lebensjahr überschritten haben, nunmehr auf 52 Wochen verlängert. Für die Arbeitslosen unter 40 Jahren ist die Verlängerung der Unterstützungsdauer von 26 auf 39 Wochen zum Kabinett grundsätzlich beschlossen worden, obwohl sie, wie verlautet, eine nicht unerhebliche Mehrbelastung der Reichsfinanzen bedeutet. Die Frage, wann die Verlängerung der Unterstützungsdauer für die Arbeitslosen unter 40 Jahren in Kraft treten soll, ist einstweilen noch offen. Die Neuregelung tritt am 20. August in Kraft.

Die Halbmonatsnotierungen fallen weg

Der Berliner Börsenvorstand beschloß in einer Sitzung am Dienstag einstimmig, die Medioliquidation ab Oktober 1928 einzustellen. Einen ähnlichen Beschluß faßte die Frankfurter Börse. Beide Beschlüsse bedürfen selbstverständlich noch der Zustimmung des preussischen Handelsministeriums.

Der beschlossene Fortfall des Medioland hat für diejenigen, die sich an der Börse betätigen, praktische Bedeutung. Bis jetzt ist es üblich, schwebende Engagements in Effekten zur Mitte des Monats (Medio) oder zum Schluss des Monats (Ultimo) zu verlängern, zu prolongieren. Diese Prolongation kostet natürlich Geld, wodurch sich auf Grund des Fortfalls der Medioliquidation eine Verbilligung der Börsenspekulation ergibt. Allem Anschein nach sind die großen Banken für den Fortfall des Medio zu haben gewesen, weil eine Belegung des Börsengeschäfts in den kommenden Monaten einer stagnierenden Konjunktur ihnen nicht unwillkommen sein wird.

Home Rule für Indien?

Der Vorschlag der indischen Parteien

Berlin, 15. August (Radio)

Die indischen Parteien haben ihre Vorschläge für die indische Verfassungsreform bekanntgegeben. Danach soll Indien die Rechte der anderen britischen Dominions sowie ein Nationalparlament, bestehend aus Senat und Volkstammer erhalten. In jeder Provinz soll für die Lokalverwaltung ein Einkammerparlament errichtet werden. Aus dem Nationalparlament soll ein Parlament mit einem Ministerpräsidenten und 8 Ministern als Vertreter der Mehrheitsparteien hervorgehen. Dem englischen Gouverneur des indischen Reiches und den Gouverneuren der Provinzen soll ein aufschiebendes Veto gegen alle Beschlüsse des indischen Parlaments eingeräumt werden.

Metallarbeiter-Verbandstag

In der Karlsruher städtischen Festhalle trat am Montag vormittag der Deutsche Metallarbeiterverband zum 18. Verbandstag zusammen. Die Tagung ist besetzt von 284 Delegierten, wozu noch der Vorstand, die Bezirksleiter, der erweiterte Beirat und der Ausschuss sowie eine Anzahl Gäste kommen, so daß die Teilnehmerzahl rund 300 beträgt. Als Gäste hatten sich zur Eröffnung der badische Staatspräsident Dr. Kemmle, der erste Bürgermeister der Stadt Karlsruhe, der erste Bürgermeister der Stadt Durlach und Vertreter des badischen Gewerbeaufsichtsamtes eingefunden, des weiteren Hermann Müller vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, die Vertreter der IFA-Verbände, des Zentralverbandes der Maschinen- und Feiler, des Verbandes der Kupferschmiede, ferner Konrad Flaßberg als Vertreter des Internationalen Metallarbeiterverbandes sowie Vertreter aller europäischen Bruderorganisationen mit Ausnahme des französischen Verbandes, dessen Abgesandter sich jedoch wegen Krankheit entschuldigte. Der Vormittag wurde fast ganz durch Begrüßungsansprachen der Gäste ausgefüllt. Der Vorsitzende der Ortsverwaltung Karlsruhe Schulenburg entbot dem Verbandstag den ersten Gruß, worauf Verbandsvorsitzender Brandes den Verbandstag für eröffnet erklärte. Brandes verwies auf den historischen Boden, auf dem in diesem Jahre der Verbandstag stattfand, denn in Baden habe sich die Demokratie am frühesten durchgesetzt, auch nach der Revolution habe die Demokratie in Baden eine feste Stütze. In herzlichen Worten gedachte Brandes der verstorbenen Kollegen Dilmann und Alons Buse sowie des Hingewandten von Martin Segitz und Hermann Molenz. Nach der Wahl der Mandatsprüfungskommission begann der Reigen der Begrüßungsansprachen. Als erster entbot Staatspräsident Dr. Kemmle dem Verbandstag den Gruß der badischen Staatsregierung. Bei der Konstituierung des Verbandstages wurden zu Vorsitzenden die Kollegen Schulenburg, Karlsruhe, Brandes, Stuttgart und Strobel-Gemlich gewählt. Anträge der Kommunisten, ebenfalls im Vorfeld vertreten zu sein, wurden abgelehnt. Die Opposition erhält zwei Schriftführer; außerdem in verschiedenen Kommissionen je einen Vertreter. Zur Tagungsordnung waren von der Opposition einige Anträge gestellt, die mit einer reichlichen Mehrheitsmehrheit abgelehnt wurden.

Die Nachmittagsitzung war völlig ausgefüllt von dem Geschäftsbereich des Verbandsvorsitzenden Reichel. Der Redner verwies auf die Messerung der wirtschaftlichen Konjunktur in den verflochtenen zwei Jahren seit dem Verbandstag in Bremen. Wenn auch die Zahl der Erwerbslosen von 1 1/2 Millionen auf 880 000 gesunken sei, so könne doch von einer Gesundung der europäischen und deutschen Wirtschaft noch nicht gesprochen werden. Der Vorstand habe von der ihm in Bremen gegebenen Vollmacht, die Erwerbslosenunterstützung wieder in Kraft treten zu lassen, Gebrauch gemacht und 80 1/2 Millionen Mark zur Unterstützung erwerbsloser Mitglieder ausgezahlt. Die Kampfstellung des Verbandes habe deshalb mit Rücksicht auf diese soziale Tätigkeit zunächst zurücktreten müssen. Trotz dieser starken Anspannung habe der Metallarbeiter-Verband aber dennoch den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgenommen. Durch diese Tätigkeit habe sich die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung um etwa 1/3 gegenüber 1923 und 1924 gehoben. Scharf wendet sich Reichel gegen jene Kollegen, die in der Öffentlichkeit an der Tätigkeit des Verbandes hässliche und unsachliche Kritik üben. Als erfreulichste Tatsache sei festzustellen, daß das Vertrauen in den Verband stetig wachse. Die Mitgliederzahl betrage zurzeit 881 000. Eine Zunahme von 220 000 Mitgliedern seit 1923! Es sei zu hoffen, daß bald die Million erreicht wird. Große Arbeit habe der Verband auch geleistet in der Ausbildung und Weiterbildung seiner Funktionäre. Auf dem Gebiete der Lohnpolitik sei eine wesentliche Besserung erzielt worden. Die Handwerker hätten den Reallohn von 1918 überschritten, die ungelerten Arbeiter den Reallohn wieder erreicht. Vorstand und Funktionäre hielten aber die Voraussetzungen für eine Höherhebung der Löhne für gegeben. Der Verband habe in den letzten zwei Jahren ebenso viel herausgeholt wie vor dem Kriege in 15 Jahren. Günstige Erfolge könne der Verband auch auf dem Gebiete der Arbeitszeitfestsetzung buchen. Eingehend beschäftigte sich Reichel mit dem Schlichtungswesen. Als wünschenswert bezeichnete er es, daß die Arbeitsbedingungen in freier Vereinbarung festgelegt werden. Das Schlichtungswesen sei nur als Übergangsmittel von einer anormalen zur normalen Wirtschaft zu betrachten. Seit 1923 sei die Zahl der für verbindlich erklärten Schiedsprüche um die Hälfte gesunken. Die Zeit sei nicht mehr fern, wo der Deutsche Metall-

arbeiterverband von der Verbindlichkeitsklärung nur noch in ganz dringenden Fällen Gebrauch machen muß. — Der Verbandstag sagte den ausgesperrten Metallarbeitern im Ruhr- und Mittelkreis tatkräftige Hilfe zu; er forderte ferner, daß die Verordnung über die Arbeitszeit auch für die Hüttenarbeiter sofort in Kraft trete. — Die kommunistische Opposition lehnte die Teilnahme am Begrüßungsabend ab, weil — das Programm seinen proletarischen Charakter trage und die Karlsruher Volksgesellschaft mitwirkte.

Internationale Konferenz sozialistischer Juristen

Brüssel, 18. August. Im Volkshaus in Brüssel versammelten sich während des Internationalen Sozialistenkongresses auf Einladung von Vandervelde, Belgien, Longue, Frankreich, Eisler, Österreich, Rosenfeld, Deutschland und Modigliani, Italien die zum Internationalen Kongress in Brüssel erschienenen Juristen der der sozialistischen Arbeiterinternationale angeschlossenen Parteien.

Dr. Kurt Rosenfeld begrüßte die zahlreich Erschienenen, die 22 Ländern angehörten. Er wies auf die Notwendigkeit hin, die Juristen aller Länder zu sammeln, um die Arbeit der einzelnen sozialdemokratischen Parteien durch juristische Fachleute zu unterstützen.

Zunächst hielt Vandervelde einen Vortrag über die strafrechtlichen Probleme, in welchem er die Notwendigkeit auseinandersetzte, daß das Strafrecht mit sozialem Geiste zu erfüllen ist. An der Hand von Beispielen aus der belgischen Strafrechtsreform, die Vandervelde zu verdanken ist, zeigte er dann auf, wieviel eine sozialistische beeinflusste Gesetzgebung zur Hebung der Lage der Arbeiterklasse und zur Wiedergewinnung der mit dem Gesetz in Konflikt geratenen für die menschliche Gesellschaft tun kann.

Dr. Kurt Rosenfeld, Deutschland referierte über eine internationale Organisation der sozialdemokratischen Juristen. Bei den gesetzgeberischen Arbeiten würde überall ein Kennenlernen ähnlicher Gesetze in anderen Ländern von Bedeutung sein. Fortschritte, die in einem Lande erzielt seien, würden durch Vermittlung der parteigenösslichen Juristen leichter auch in anderen Ländern zumutbar kommen können. Überall würde es Aufgabe der Juristen sein, die Arbeiterbewegung in ihrem Kampf gegen die Klassenjustiz zu unterstützen und zum Schutze der Arbeiterklasse vor Unterdrückung durch Gesetze und Gerichte die geeigneten gesetzgeberischen Vorschläge zu machen.

Nach einer kurzen Diskussion, an welcher sich insbesondere Renner, Wien, Dr. Diamand, Dr. Posener, Warschau, Dr. Wöhr, Brüssel und Modigliani, Italien beteiligten, wurde eine Kommission eingesetzt, welche die Aufgabe hat, an einem der nächsten Tage ein Programm für die internationale Organisation sozialdemokratischer Juristen vorzulegen. In diese Kommission wurden gewählt Renner, Longue, Modigliani, Rosenfeld, Posener, Petresco, Rumänien, Jensen, Dänemark.

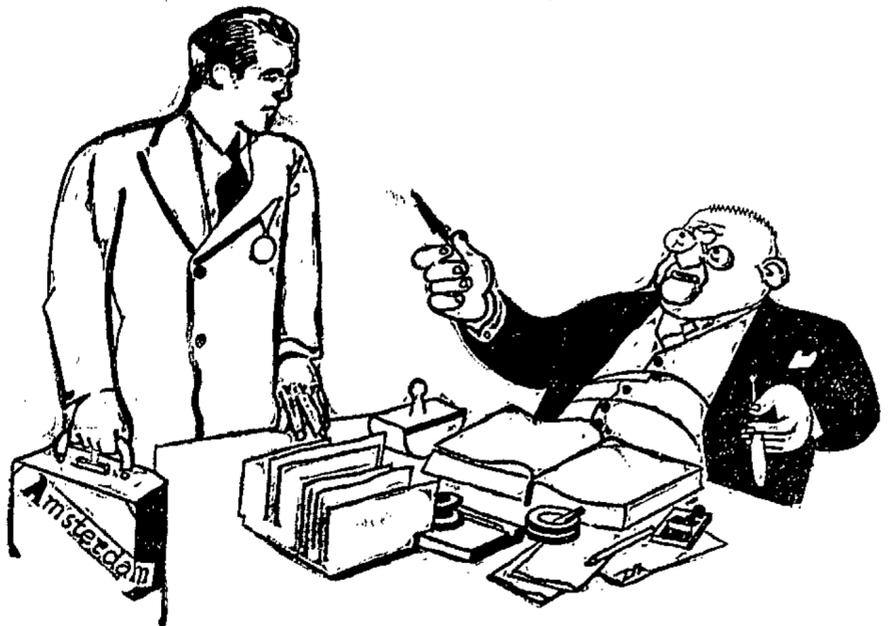
646 900 unterstützte Erwerbslose

In der Arbeitslosenversicherung ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Zeit vom 15. bis 31. Juli von rund 579 800 auf 664 000, d. h. um 15 800 oder 2,7 Proz. zuzugewachsen. Bei den männlichen Arbeitslosen betrug die Abnahme rund 10 000 oder 2,4 Proz., bei den weiblichen 5800 oder 3,3 Proz.

In der Krisenunterstützung hat sich im gleichen Zeitraum die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 80 600 auf 82 000 vermindert. Das ist eine Abnahme um rund 6700 oder 7,5 Proz. Der Rückgang ist bei den Männern etwas stärker als bei den Frauen (7,7 Proz. bei den Männern gegenüber 6,6 Proz. bei den Frauen).

Diese Zahlen geben keineswegs ein Bild vom Stand der Arbeitslosigkeit in Deutschland, weil — leider! — über die ausgesteuerten und der Wohlfahrtspflege überwiesenen Arbeitslosen, deren Zahl sicherlich nicht gering ist, eine Statistik nicht geführt wird.

Nach der Olympiade



Das mich sehr gefreut, mein Lieber, daß Sie so'n tüchtiger Schnelläufer sind. Können das für die Firma ausnutzen. Von morgen ab geh'n Sie als Stadtfreisender auf Tour!

Hesus und Judas

Ein Roman aus dem Jahre 1880 von Felix Hollaender

29. Fortsetzung Nachdruck verboten

Der Vater hatte bei ihm angefragt, wann er einträte. Er hatte ganz verduht diese Stelle gelesen; denn der Gedanke an eine Heimreise war ihm in den Wintermonaten nicht ein einziges Mal gekommen.

Jetzt nach Hause und die Komödie von neuem beginnen?! Um keinen Preis der Welt — eher...

Er hatte sich sofort an einen Schreibbrief gemacht, den längsten, den längsten den er während des ganzen Wintersemesters in das Vaterhaus geschickt hatte. Darinnen hat er im Interesse seines Studiums dieses Mal von seiner Heimreise abgesehen.

Die Antwort kam von seiner jüngsten Schwester. Sie schrieb im Auftrage des Vaters, der, mit Arbeiten überhäuft, keine Zeit fände. Aber der Vater wollte, da sein Studium schon soviel gelostet, noch ein übriges tun und ihm auch in den Ferien den üblichen Wechsel schicken. Sie, wie Mutter und Schwester seien sehr betrübt, daß er nicht käme, zumal sie schon seit Wochen von nichts anderem als seiner Rückkehr gesprochen hätten, man müsse sich eben fügen. Mutter, die seit einiger Zeit kränkle, lasse ihm aus Herz legen, er solle nicht zu viel arbeiten, dabei käme nichts Geschehens raus und die Gesundheit ginge über alles. Der Vater sei fast dauernd schlechter Stimmung, er habe im Amt Vergnügen gehabt und sei der Mutter wegen in Sorge; wie lieb er übrigens Mutter habe, trotz seines oft unwirschigen, heftigen Wesens, könne man jetzt so recht erkennen! Mit einem Worte: im Hause werde jetzt nur Trübsal geblasen — und sie hätten sich deshalb — Vater im Stillen wohl auch — auf seine Heimkehr so gefreut — Mutter meint, vielleicht überraschte er sie und käme wenigstens auf vierzehn Tage. Nun aber sei sie mit tausend Grüßen und — Küßen — (auf dem Papier ließe er sich wohl lieblos), seine ihm innig liebende Schwester Clara. NB. Mit Kennchen, glaube ich, ist etwas im Spiel, aber ich will nicht vor der Zeit aus der Schule plaudern.

Dieser Brief verstimmt ihn einigermaßen. Es war sicherlich im Vaterhause nicht alles in Ordnung, und er glaubte, aus den Zeilen der Schwester einen gedrückten Ton herauszuhören. Um nichts — das war klar — möchte man einem, der in der Fremde war, nicht solche Andeutungen. Dann wieder beruhigte er sich, es könne wohl doch so schlimm nicht sein, weil man ihn ungewisselhaft sonst auf der Stelle heimgerufen hätte.

Also abwarten! Ihm war der Kopf ja auch nicht leicht, und im Grunde, kannte er nicht diese gedrückte Familienstimmung, durch die Verschiedenheit der Temperamente hervorgerufen? Seine Schwermut trug nur dazu bei, die Gegenläufe noch zu klären.

Die Mutter?! Sorgenvoll zog er die Stirn in Falten. Nein es wäre besser wenn er blieb; sie würde ihm mit einem Blicke seine gequälte Seele aus den Augen lesen. „Mit Kennchen, glaube ich, ist etwas im Spiel.“ las er noch einmal und lächelte flüchtig.

In den ersten Wochen der Ferien arbeitete er angestrengt. Gneiff's Kolleg über Staatsrecht wurde sorgsam durchgearbeitet, dazwischen Sozial-Wissenschaften und Philosophie getrieben. Er hatte sogar das Arbeitsfieber und schlief nur wenige Stunden, wie er überhaupt zum Schlage jener Menschen gehörte, die, wenn sie wollen, mit eiserner Energie und erstaunlichem Erfolge tätig sind, in Siebenmeilenstiefeln einhertraben.

Dann aber fuhr ihm der erwachende Frühling in die Glieder und machte ihn zimmerstau — Naturdurst nannte er das.

Diese Periode des sich Erneuerns nach langem Winterschlaf, diese jährliche Wiedergeburt, übte eine geheimnisvolle, schauerliche Wirkung auf ihn aus; sein ganzer Mensch war davon durchsickert.

Es trieb ihn zu nächtlischer Stunde ins Freie, sobald das erste Keimen begonnen. Er mußte diesen feinen, süßlichen Duft mit seinen geschärften Sinnen schlürfen, mußte sich von dieser schweren, balsamischen Luft, die einen trägt und mürbe macht, einullen lassen. Ein einsamer Wanderer in dem weiten, leeren Tiergarten!

Und die Luft wurde von Tag zu Tag wärziger, wärmer. Die anderen verfluchten die Zeit als eine Krankheits- und tobringende und fühlten nicht, was er empfand in allen Poren seines Körpers.

Und wie es gar leise, schlüchtern zu spritzen und knospen anfang in Heden und Sträuchern! Ein Narr, wer sich nicht frischte in diesem Jungbrunnen der Natur.

Und dieses erste Grün des jungen Frühling! Ah — wie er es mit den Augen trant, wie er es den ganzen Tiergarten entlang in seinen zartesten Schattierungen verfolgte. Armflehig alle Philosophie und Wissenschaft — gegen diesen Reichtum! Und wiewohl er arbeitsunlustig, träge, umherließ, dünkte es ihn doch, als ob auch in seinem Innern es zu sprossen und keimen begonnen. Von so prächtiger Wohlgefühlt, die ihm die Natur gleichsam verhämt, unsichtbar, in den Leib geträufelt, fühlte er sich durchdrungen.

Ihm schien die ganze Welt empfängliche, frohrende Erde. Und sicherlich lohnte es sich auf diesem Boden den neuen Menschen zu pflanzen und für die verbrauchten, modrigen Kräfte Ersatz zu schaffen. Zweifelsohne — des großen Liebig's Theorie ließ sich auf den Menschen anwenden; man sollte nur mit frischem Wagemut das Werk beginnen, anstatt greisenhaft mit dem Kopfe zu wackeln! denn gerade wie man das Land lange Zeit mit der Pflugflur zugewöhnt und heutigetig ausgezogen, ohne ihm neue Nahrung zuzuführen, hatte man es auch mit dem Menschen gemacht, Jahrhunderterte hindurch.

Nun stand er da, dürr, vermurrt, abgestorben, faul bis in den Kern. Und darum war es ja so fürchtbar schwer, in all

dem emporstehenden Antrakt nur eine einzige Stelle auszusparen, um frischen Samen zu streuen!

Wie er in solchen Gedanken eines Frühlingstages heimwärts kam, war er nicht wenig erstaunt, als er breitbeinig die Wirtin auf seinem Sofa aufgespaziert fand.

„Ja habe hier uff Ihnen jelaunert, Herr Trud!“

„Was soll's?“ fragte er brüsk.

Sie zwinkerte mit den Lidern und fühlte sich durch seine Kürze etwas verlezt.

„Hm!“ er schnitt die Volkstribüne auf und versuchte zu lesen.

Die Frau wurde ungeduldig: „Herr Trud!“

Er blickte empör.

Und nun kam es heraus in durchaus fließender Rede. Sie sei sehr in Schwulst, und da habe sie gemeint, weil er ja im Grunde ja kein Feinschmecker sei, daß er ihr aus der Klemme helfen würde, und ob er ihr wohl fünf Dähler bis uff'n Ersten pumpen dürfte.

Dabei sah sie ihn mit solch' einem lauernden und zugleich stehenden Blicke an, daß er schweigend ihr das Geld anschändigte. Seit diesem Tage war sie gegen ihn von einer Vertraulichkeit, die ihn geradezu amwiderte.

Sie klopfte ihm auf die Schulter, drückte ihm vertraulich die Hand, und suchte, zumal in Gegenwart anderer, den Augenschein zu geben, als wenn sie beide „ihre Geheimnis“ hätten und darüber ewig tuscheln müßten. Auch brachte sie auffallend oft das Gespräch auf die Vene, die sie, namentlich wenn er zugegen, liebte und nicht anders als Veneten titulerte.

Ihr ganzes Gebaren verdros ihn nicht wenig. Und doch, so sehr er im Stillen dagegen murrte, war er nicht imstande, sich das Getue zu verbitten.

Er fühlte sich unter dem Drucke dieses Frauenzimmers, das von Tag zu Tag aufdringlicher wurde, so und so oft ihn in seinem Zimmer überfiel und ungeniert in seiner Arbeit störte.

Dazu kam noch, daß sie fast in jeder Woche einige Mal ihren unordentlichen, zoddelligen Kopf in die Tür steckte, und, als hätte sie es riesig eilig, ihn um eine Mark oder ein Fünftelgroßentück anbettelte.

„Ne, der verdamm't Dalles! An wie id Ihnen dankbar bin, Sie jlober et jarnich,“ pflegte sie jedesmal zu sagen, und damit war für sie die Angelegenheit erledigt; denn von Wiedergeben konnte keine Rede sein.

Vorzürfe machte er sich wohl, daß er nicht von vornherein dieser frechen Bettelei entgegengetreten; nun war es zu spät, er sah in der Patsche und konnte sich nicht herausheifen. Mitunter kam es ihm auch wirklich vor, als wenn er aus Mitleid so handelte — aus reinem Mitleid! Dabei war er in ewiger Furcht, mit ihr eines Tages aneinander zu geraten, wenn er sich weigern würde, ferner ihr Portemonnaie zu spielen.

Gott sei Dank, er hatte gerade jetzt gewisse Nebenverdienste. Einige Aufsätze, die er anonym veröffentlicht, hatten ihm Geld getragen.

(Fortsetzung folgt)

Amtlicher Teil

Der Rechtsanwalt Dr. Georg Wähler in Lübeck ist zum Notar ernannt und als solcher heute vereidigt.
Lübeck, 14. August 1928

Die I. Zivilkammer des Landgerichts

Am 14. August 1928 ist in das hiesige Güterrechtregister bezüglich der Eheleute Handlungsgehilfe Hans Friedrich Simonsen und Frieda Dora Karoline Marie geb. Schönwälder, beide in Lübeck, eingetragen worden:

Durch Ehevertrag vom 3. August 1928 ist die Verwaltung und Nutzung des Ehemannes an dem Vermögen der Ehefrau ausgeschlossen.

Lübeck, den 14. August 1928
Amtsgericht Lübeck

Konkurrenzeröffnung

Ueber das Vermögen der Firma **Hanson & Co.**, Kommandit-Gesellschaft in Lübeck, wird heute, am 13. August 1928, mittags 12 Uhr 10 Minuten

das Konkursverfahren eröffnet.
Der Rechtsanwalt Dr. Fock in Lübeck wird zum Konkursverwalter ernannt.

Termin zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, die Bestellung eines Gläubigerausschusses und die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände findet am 14. September 1928, 10 Uhr,

im Zimmer Nr. 9 statt
Konkursforderungen sind bis zum 31. Oktober 1928 bei dem unterzeichneten Gerichte anzumelden.

Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen findet

am 16. November 1928, 10 Uhr,

im Zimmer Nr. 9 statt

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an die Gemeinschuldnerin zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen für die sie aus der Sache abgeleitete Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 31. Oktober 1928 Anzeige zu machen.
Lübeck, den 13. August 1928.

Das Amtsgericht, Abteilung II

Nichtamtlicher Teil

Nach kurzer, schwerer Krankheit entschlief heute meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Maria Peise

geb. Scharnweber
im 65. Lebensjahre.
In tiefer Trauer im Namen aller Hinterbliebenen

A. Peise und Kinder

Lübeck, den 14. August 1928
Reiferstraße 28 a

Beerdigung Sonnabend, 18. August, 2 1/2 Uhr nachm. Kapelle Vorwerk.

Von Beileidsbesuchen bitten wir absehen zu wollen. Etwasige Kranzspenden zur Gemeinnützig. Bestatt.-Gel., Hundestraße 49/51 erbeten.

Gestern abend 7 Uhr entschlief sanft und ruhig nach längerem, schwerem Leiden im 64. Lebensjahre meine innigstgeliebte Frau, unsere fürsorgliche gute Mutter und Oma

Doris Wegner

geb. Buhr
Tief betrauert u. schmerzlich vermisst.
Im Namen der Hinterbliebenen
Johann Wegner und Kinder
Lübeck, 13. August 1928. Bleicherstr. 29 a
Beerdigung Freitag, den 17. August, 2 1/2 Uhr Kapelle Vorwerk.

Nach kurzem schwerem Leiden starb plötzlich mein lieber guter Mann, meiner Kinder treu sorgender Vater, unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel
Heinr. Möller
im 45. Lebensjahre
Tief betrauert u. schmerzlich vermisst
Luise Möller
geb. Schomann
und Kinder
Schwartau, 13. Aug. Kanau-Allee 9. pt.
Beerdigung Freitag, den 17. August, 4 Uhr nachm., Friedhof Rensfeld

Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter
Ortsgruppe Lübeck
Nachruf!
Am Montag, dem 13. August, verstarb unser langjähriges Mitglied,
der Kollege
Heinrich Möller
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung am Freitag, 17. August, 4 Uhr, Rensfeld
Der Vorstand

Jüng. Austräger
gehört
Buchhdlg. Ehmke
Schwartau

Laden zu vermieten
Bei St. Johannis 4
Vertiko u. 4 Stühle z. vfr.
Kottwitzstraße 8, 1.

**Else Frohrlep
Hans Wöst**

Verlobte

August 1928
Für erwiesene Aufmerksamkeit danken herzlich
D. D.

Allen denen, die unserem lieben Vater die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kranzschmücken, insbesondere der Arbeiterverschenschaft der Fa. Wolsch & Co., dem Verehrten und dem Sportklub „Gurte“, sowie Herrin Pastor Meyer für seine trostreichen Worte sprechen wir hiermit unseren innigsten Dank aus

**Johs. Meinsen
und Frau**

G. erh. Sofa Tisch bill. zu vert. 1864 Elmstr. 32, 1

Unterricht im Weihenähen und Zuschneiden wird gründlich erteilt
Fr. Olsson, Weißhaffstr. 49/1

**Dr. Prahl
zurück**

**Dr. Klei, Stockelsdorf
zurück**
Sprechst. ab Donnerst.

**Zahnarzt
Dr. Rothschild**

Johannisstraße 14
zurück

Wagner-Reparatur-Arbeit.
Möbel aufpolieren gut und billig
M. Uhlmann,
1865 St. Annenstraße 21

Briefstaube zugeflogen
08911X28X786 Stargasse 5
1864 Stedl. Gärtnergasse

Damenbr. gefunden
Abzuholen
1862 Drögestraße 3, ptr.

Signal-Horn am Wall
lieg. geblied. Bitte abzug.
Arb.-Sportheim, Hundestr. 41 ob. Glandorffstr. 9, 1

Vert. v. e. Arb. a. Sonnabend abend 11. Paket v. Grüner Weg 6, Bedergr. Jnh. 2 Kinderkl. Weg 3. abzugeb. Engelsgr. 54 III

Verloren Sonntag (12. 8.) gegen 10 1/2 Uhr abends auf dem Wege vom Hofe des Schifferhauses Tramünde nach Lübeck **brauner Stadtkoffer mit Inhalt.** Briefe, Schlüssel, Schmutzführerschein. Der ehrliche Finder wird dringend gebeten, den Koffer gegen hohe Belohnung bei **Schröder, Schifferhaus,** abzugeben.

Öffentliche Versteigerung

am Freitag, dem 17. ds. Mts., vorm. 9 Uhr, in der Versteigerungshalle des Gerichtshauses über:

- 1 elektr. Piano, 2 Grammophone, Vertiko, Büfets, Anrichten, Nähmaschine, Teppiche, Kleider-, Wäsche-, Leinen-, Nacht-, Bücher- und Attenschränke, Spiegel, Kurgarderoben, Waschkommoden, Standuhr, Bilder, Gemälde, 2 gr. Gemälde, Sofas, Sessel, Stühle, Randschreibt., Ladens-, Auszieh- und andere Tische, Radentz., 1 komplette Telefon-Zentrale mit 10 Anschlüssen, Schreibmaschinen, 1 Manometer für Spritzenfahren, 1 Fahrrad, 2 Habelbänke, 1 Eistransport- und 1 Rollwagen, 1 Partie Zahnpasta, 90 Dosen Gemüse-Konzerpen, 1 Taschenuhr, Normalhemden, Normalhosen, Schürzen, Kleiderstoffe u. a. m.

Ferner 12 Uhr mittags in Wulfsdorf:

- 1 Nähmaschine.
Käufer wollen sich 11.45 Uhr beim Spritzenhaus einfinden.
- Außerdem nachm. 1 Uhr in der Schügenstraße:
1 Ergenter-Presser, 60 000 kg sowie
1 Feil- und 1 Sägemaschine.

Sammelpunkt der Interessenten 12 1/4 Uhr Ede Meier- und Schügenstraße.

Die Gerichtsvollzieher

Friedrich Wilhelm
Lebensversicherungs-A.G.
Unsere Geschäftsstelle befindet sich jetzt
Obertrave 15, Tel. 29 420
Altersversicherte erhalten an allen Werttagen vormittags Auskunft über die Aufwertung

Frühtartoffeln
lange gelbe 10 Z 85
runde gelbe 10 Z 80
weiße 10 Z 55
empfiehlt
Heinrich J. Möller
Fleischhauerstr. 79

Johannisbeeren
kaufen jede Menge zu Tagespreisen
Spethmann & Fischer
Bedergrube 59
Telephon 20 102/20 103

Wasserringe
303 von RM 4.- an
585 von RM 8.- an
Schmuckfächer
Besteck
Uhren und Wecker
Ausführung v. Reparatur- und Neuankertig, sauber und billigst.
Goldschmied Studel
Eig. Werkst. Rohnstr. 82a

Kinder-Bettstellen
weiß, mit Gitter,
von 14.- bis 35.-
Große Bettstellen
von 11.75 bis 75.-
Gebrüder Heft
Untertrave 111/112
1. Stock, kein Laden,
b. d. Holstenstr.

**Margarine Marke
Teebutter**
im Gebrauch v. Meiereibutter n. zu unterscheiden
90
Eigelt gute Tafelmargarine 70
J. B. gute Kochmargarine 60
J. Borgwardt, Kronsford, Allee 20.

Glas schellen
Ritt
O. Tauchnitz, Glasbl.
Fleischstr. 35 Tel. 26708
Bilder-Einrahmungen.

**Torfmuß
Torfstreu**
liefern, auch frei Haus
Lüders & Hintz
Kanalstraße 50/58
(unterhalb Lohberg)

Pelz-Haus Schwartz
Wiedereröffnung
in dem vergrößerten Laden
13 Wahnstraße 13
am 15. August 1928
Große Auswahl neu eingegang. Waren zu billigsten Preisen
In der Zeit vom 15. August bis 6. September erhält jeder Käufer ein Eröffnungsgeschenk
— Bitte besichtigen Sie meine Waren —

Geschäftseröffnung
Ich habe heute in Rensfeld eine
**Fahrradhandlung mit
Reparatur-Werkstatt**
eröffnet und bitte um gütigen Zuspruch.
Paul Jeske, Rensfeld
Heinrichstraße 13

Spezial-Geschäft
**Grammophon
Odeon + Parlophon**
Autor-**Electrola** Verkaufst
C.W. Meyer
Jnh. G. Schneider
Seibelplatz 6

**Zum Stapellauf der
„Europa“ u. „Bremen“**
Der Ozeanriese
Von Artur Fürst
Die Kunst des Schiffbaus / Antriebsmaschinen / Schlingertanks / Bordkino
Bibliothek / Bar / Turnsaal / Schwimmbad / Fahrstuhl — 85 Z, geb. 1.35
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

MÖBEL
THEODOR
ENGELS-GRUBE
MOHR
GEGR. 1884

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Lübeck
Einladung
zu der am Sonnabend, dem 18. ds. Mts., abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus
stattfindenden
Fahnenweihe
der
Jugendgruppe
unter Mitwirkung des Prolet. Sprechchors der S. A. I. und des A. T. V.
Alle freigewerkschaftlichen Jugendorganisationen sind zu dieser Feier mit ihren Fahnen besonders eingeladen
Eintritt für Erwachsene 20 Z, für Jugendliche 10 Z
Kassenöffnung 7 1/2 Uhr
Die Ortsverwaltung

Leder-Gohlen
Ausschnitt und Stepperei
Bischoff & Krüger Königstraße 83
Ede Bahnhofsstraße
Kein Sportinteressent verläßt so das Spiel
L. B. V.-Phönix
(Meister von Lübeck-Mecklenburg)
gegen
Düsseldorf 04
am Sonnabend 6 1/2 Uhr auf dem
L. B. V.-Phönix-Platz
Vorverkauf zu ermäßigten Preisen:
E. Schnöder, Pflaferstr. 1, Rollobüro der
Kapag am Markt, Zigaretengeschäft Fritz
Block, Marienstraße

Adiershorst
Morgen Donnerstag und jeden Sonntag
Tanzabend
Studentenkapelle „Schwa-Soba“
Stimmung! Beginn 8 Uhr Humor!
Voranzeige
Sonnabend, den 18. August
Gr. Sommerfest
des Arbeiter-Angler-Vereins Lübeck
verbunden mit Kinderbesetzung. Jedes
Kind erhält ein Geschenk.
Anfang 4 Uhr Eintritt 40 u. 60 ct Ende 4 Uhr

Stadttheater Lübeck
**Einladung zum
Fremden-Abonnement**
auf 12 Sonntagnachmittag-Vorstellungen.
(6 Opern, 2 Operetten und 4 Schauspiele)
Die Abonnementspreise betragen wie im Vorjahre für 12 Vorstellungen in der I. Platzgruppe RM 36.—, II. Pl.-Gr. RM 30.—, III. Pl.-Gr. RM 24.—, IV. Pl.-Gr. RM 18.—, V. Pl.-Gr. RM 14.—, VI. Pl.-Gr. RM 10.— und VII. Pl.-Gr. RM 7.—.
Prospekte sind in der Theaterkanzlei erhältlich, wo auch die Abonnementsanmeldungen zu erfolgen haben.

**Deutscher
Metallarbeiter-
Verband**
Verwaltungsstelle Lübeck
Bauklempner!
Versammlung
am Freitag, 17. Aug.
abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus
Tagesordnung:
1. Unser 50jähriges Jubiläum
2. Abrechnung von der Unterhaltungsstelle
3. Verschiedenes
Die Branchenleitung und das Festkomitee kommen um 7 Uhr zusammen
Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Die Branchenleitung

Freiwilligbühne
Der heutige Volkstanzabend und der Kindertanznachmittag fallen wegen des Volkstanzlehrganges in dieser Woche aus
Sonnabend, 8 Uhr: **Wochenendfeierstunde**
Männerchöre Unentgeltlich.
Wer will, gibt freiwillig
Sonntag, 4 Uhr: **Volkstanzfest**
(Näheres siehe Hinweis)
Erwachs. 80, Kinder 20 Z

Stadttheater Lübeck
Mittwoch, 19.15 Uhr
Lohengrin (Oper)
Ende 23.15 Uhr
Donnerstag, 20 Uhr
Der Geisterzug
(Kriminalstück)
Freitag, 20 Uhr:
Drei arme kleine Mädel (Operette)
Ausgabe der neuen
Abonnementskarten und
Gutscheine bis auf weiteres
vorm. von 10-1
Uhr und nachmittags
von 3-6 Uhr an der
Theaterkasse

**Margaretenburg
Sanatranachen**

Kindermund am Badestrand.
„Mutti, ei was muß ich sehen
Du hast Warzen an den Zehen!“
— „Hühneraugen meinst Du wohl?
Heut' noch hol' ich Lebewohl!“
Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen
Aerzten empfohlene **Hühneraugen-Lebewohl** und **Lebewohl-Ballenscheiben**, Blei-dose (8 Pfaster) 75 Pfg., **Lebewohl-Fußbad** gegen empfindliche Füße und Fußschwellen und **Schachtel (2 Bäder) 50 Pfg.** erhältlich in Apotheken und Drogerien. Wenn Sie keine Enttäuschungen erleben wollen, verlangen Sie ausdrücklich das **echte Lebewohl** in Blechdosen und weisen andere angeblich „ebenso gute“ Mittel zurück.





Lob der Faulheit

Faulheit, ich will ich dir auch ein kleines Loblied bringen.

Der große Lessing, Freunde, versuchte sich einst damit. Versuchte sich — aber die „Faulheit hinderte ihn daran“.

Ich bin um eine astronomische Zahl an geistigen Potenzen kleiner als er. Trotzdem will ich es versuchen. Denn ich schreibe aus — Faulheit und (in Parenthese) aus Menschenliebe. Beide besägen mir die Feder . . .

. . . besägen mir die Feder zur Niederschrift eines Fundamentalfahes: Wir sind alle viel zu wenig faul! Ja. Viel zu selten faul.

Das klingt paradox. Es ist's nicht.

Manche werden sagen: Was soll das in einer Zeitung für Arbeiter? Werden sagen (mit Recht): Wir sind die Lasttiere des Lebens. Das Leben ist uns arbeiten, essen, schlafen. Das, was dazwischen ist, gehört nicht uns. Es gehört dem Sport, der Geliebten, Blüchern, etwa auch unserer Rasse oder den Katten. Manchmal auch etwas davon unserer Frau. Wir haben keine Zeit, faul zu sein.

Ja. Und nein. Das ist es eben: wir sind zeitkrank. Die Geschwindigkeitspsychose hält uns umklammert. Wir haben „zu viel“ Zeit. Deshalb haben wir keine Zeit. Auch keine, faul zu sein.

Ja. Dies „keine Zeit haben“ ist die erbärmlichste, gefährlichste und unmenschlichste Lüge, von gewissenlosen Profitschadern in die Welt gesetzt. Dies „keine Zeit haben“ ist der billigste und zugleich mächtigste Antreiber der modernen Kuderklaven auf den Galeeren der kapitalistischen Wirtschafts-anarchie, bestimmt, das Rechte an Kraft und Menschenwürde den armen Opfern auszusprengen.

Und: wie gut hat diese immer wiederholte Lüge, die zuletzt eine „Wahrheit“ wurde, gewirkt! Wir glauben heute wirklich, keine Zeit zu haben, obwohl wir sie mit allen ihren Fälschungen in uns aufgenommen, obwohl wir alle unsere Gewohnheiten, Verrichtungen und Begehrenheiten geteilt, zerteilt haben — wir jagen vor Arbeit zu Hause, in der Pause vom Genuß zum Vergnügen, vom Vergnügen zur sogenannten Ruhe, und wieder zur Arbeit. Der Buchstiel der Sekunde ist uns untertan, ein Augenblick verbindet uns mit fernem Weltteilen, wir . . . Freunde, wir wollen es uns einmal überlegen! . . . wir sind wirklich arme Schlucker, denn wir haben die Fähigkeit verloren, faul zu sein.

Es ist schon so: wir können es nicht mehr. Weil wir, Narren, die wir sind, das größtmögliche Maß an Lust und Kultur, Gütern in kürzester Frist ausschöpfen wollen. Der Reformwahnsinn hat auf den Genuß übergegriffen. Faul sein können ist heute nur noch eine Gnade. Meinetwegen ein Geschenk des Himmels (wie man so sagt).

Faul sein ist die Umme des Glückes. Es ist die Keimzelle für das Leben all der tausend Kleinigkeiten, das uns sonst entgeht, für die geheimnisvollen Schwingungen von Seele zu Seele, von Seele zu Ding, von Ding zu Ding.

Im Faulsein wächst der Mensch aus allen Fesseln und Mäßen. Die Distanzen verschleichen sich. Die Standpunkte wechseln, Wichtigkeiten werden zu Nichtigkeiten, Kleines wandelt sich zu Großartigem.

Das Faulsein ist der Wunderbalsam für unsere Zeitkrankheit. Es ist die einzige Arznei, die helfen kann. Und zugleich die billigste. Die Therapie, verblüffend einfach, kommt dem Trägheitsprinzip der Menschen entgegen, aber (es ist lächerlich): die Menschen können nicht mehr faul sein.

Und doch: sie sollten es täglich. Wenigstens fünf Minuten. Besser zehn. Es sollte zur Pflicht werden wie Zeitung lesen, Zähne putzen und einmal lächeln. (Auch das ist eine der großen Notwendigkeiten, doch darüber später einmal.)

Zehn Minuten faul sein. So ganz faul, faul.

Wer weiß noch, wie es ist? Soll ich ein Rezept geben?

Zehn Minuten faul sein. Sich so ganz abhängen von den Ketten des täglichen Betriebes. Sich sinken lassen ins Bodenlose des Nichtstuns. (Sinken lassen ist herrlich!) Des Nichtdenkens. Den Körper von der Seele lösen. Den Geist aus den Statutenzäumen der Logik und des „gesunden Menschenverstandes“ lassen. Ein Nichts sein, ein leichtes, freies, glückhaftes Nichts. Ein Sonnenringel vielleicht. Vielleicht der Hauch, von dem die Blätter sich drehen.

Ich weiß: es ist nicht leicht. Es wird nicht leicht gelingen. Die Bindungen mit der Welt sind zu fest. Die Einbildung hat uns verbildet. Aber einmal werden die Bindungen nachgeben. Mühen nachgeben. Und dann —

— dann, Freunde . . . ! Doch, ich will die Seligkeiten nicht verplaudern. Der Glückliche ist am glücklichsten allein. Der Gesang der Vögel, die Sinfonie einer Glodenblume, die Freudenkantate in den Augen einer geliebtesten Rasse: sie lassen sich nicht in Worte fassen Sie wollen erlebt sein. Gehört sein.

Ja, jeden von uns erwarten tausend Entdeckungen. Jeden erwartet eine Welt, eine sanfte Feierlichkeit und das Wunder einer großen Ruhe. Jeden erwartet ein neuer Mensch. Ein neuer Mensch: das ist das Ungeheure.

Zehn Minuten faul sein. Zehn Minuten täglich: wir wollen es, Freunde, von morgen ab sein! P e w e.

Gegen die Autoraserei

Die Autogeswindigkeit auf der Travemünder Landstraße

Der Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs in Lübeck hatte durch die Lübecker und Hamburger Zeitungen besonders an die Hamburger Autofahrer die Mahnung gerichtet, Lübeck und die nach und von Lübeck führenden Landstraßen nicht in einem Tempo zu passieren, das jede Betrachtung der sehenswerten Bauten und der landschaftlichen Schönheit ausschließt. Der Verein hatte ins-

Die Seeschiffswerften

Weitere Vertrustungspläne / Vorläufe gegen den neuen Tarifvertrag

In den letzten Wochen ging wieder einmal ein großes Rauschen durch den bürgerlichen Blätterwald über die verschlechterte Lage der deutschen Werftindustrie. Besonders die kürzlich veröffentlichte Erklärung der Deschimag-Leitung (Deutsche Schiff- und Maschinenbau AG.) anlässlich der bevorstehenden Stilllegung der Werft von Joh. C. Tecklenborg in Wefermünde erregte die an den Maßnahmen der kapitalistischen Wirtschaft interessierten Gemüter in hohem Grade. Nach dieser Erklärung mußte die Stilllegung des Wefermünder Wertes beschlossen werden, weil die Werft in der letzten Zeit dauernd mit Verlust gearbeitet hatte, und auch der Zuwachs an Neubaufträgen seitens des Norddeutschen Lloyd, mit dem man bestimmt gerechnet hatte, ausgeblieben war. (Ein Teil dieser Neubauten ist inzwischen an die Hamburger Werft von Blohm u. Voß — den Hauptwiderständer der Deschimag — vergeben worden.) In der Erklärung wird weiter gesagt, daß die Möglichkeit, Neubaufträge zu erhalten, für alle Werften mehr und mehr schwinde, und daß auf Jahre hinaus an eine Besserung in dieser Beziehung nicht zu denken sei. In die gleiche Kerbe wie die Leitung der Deschimag schlägt ein großer Teil der übrigen Schiffbauindustriellen. Es wird rühmend behauptet, daß außer den bereits erfolgten Stilllegungen (Reiherslegwerft, Stettiner Vulcan, Störwerft und jetzt Tecklenborg) noch

mehr als der dritte Teil aller heute noch bestehenden Werftbetriebe seine Pforten wird schließen müssen, bevor der deutsche Schiffbau wieder genesen könne.

Daneben tauchen immer neue Versionen auf über bevorstehende weitere Zusammenschlüsse unter der Leitung der Deschimag (Schröder-Bank), die drauf und dran ist, vorerst das gesamte Ostseegeschäft völlig unter ihren Einfluß zu bringen. Auch das sehr bedeutende Werkunternehmen von Schichau in Elbing und Danzig soll neuerdings mit der Deschimag verhandeln.

Was die Arbeitnehmerschaft auf diese, alles in dunkelsten Farben malende Schilderung der Werft Herren und ihrer Presse zu sagen hat, ist das Folgende:

Es wird ohne weiteres zugegeben, daß dem Jahre 1927, das den Werften einen alle vorher gehegten Erwartungen weit übersteigenden Zuwachs an Neubaufträgen gebracht hat, ruhigere Zeiten gefolgt sind. Der sehr große Aufschlag ist zum Stillstand gekommen und wird sich in dem gleichen Umfang voraussichtlich auch vorerst — wenigstens soweit das Inland in Betracht kommt — nicht wiederholen. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß

die augenblicklichen Verhältnisse immerhin noch wesentlich günstiger sind,

als es vor zwei Jahren der Fall war. Damals hatten nahezu alle Werften unter spürbarem Auftragsmangel zu leiden, während heute noch über die Hälfte der Betriebe bis in das Jahr 1929 hinein gut beschäftigt ist. Es darf bestimmt angenommen werden, daß auch die Geschäftsabläufe für das Jahr 1928, sofern sie nicht allzusehr frisiert werden, denen des Vorjahres an Güte wenig oder garnicht nachstehen werden. Im Vorjahre hat aber eine ganze Anzahl der Werften, und zwar vornehmlich die größten und am meisten ins Gewicht fallenden Betriebe, mit zum Teil recht ansehnlichen Ueberschüssen abgeschlossen.

Genannt seien hier die Hamburger Firmen Blohm u. Voß und Deutsche Werft AG., die Deschimag, die Deutschen Werke, Kiel, und von den kleineren Werken die Atlas-Werke, Bremen, und die Schiffsbau-Gesellschaft Unterweser.

Wir begreifeln ja nun keineswegs, daß die Werftkapitäne nach der Verwirklichung ihrer Vertrustungsgedanken ohne Beden-

ken weitere Heere von Arbeitern und Angestellten auf die Straße setzen werden. Nötig wäre dieses aber nicht. Wenn man zunächst einmal auf den Werften den Achtstundentag wieder einführen und außerdem auf die enorm vielen Ueberstunden verzichten wollte, die heute von den Arbeitern verlangt werden, so wäre dieses der menschlichere und volkswirtschaftlich bessere Weg. Jeder vernünftig urteilende Mensch wird ohne weiteres den Widerspruch herausfinden, der in den Klagen über den schlechten Geschäftsgang einerseits und dem starrköpfigen Festhalten an dem Neunstundentag plus Schichtarbeit und Ueberstundenleistung andererseits liegt.

Und nun kommen wir zu dem, was nach unserer Ansicht der Hauptgrund dafür ist, daß die Unternehmer gerade jetzt an allen Orten und in allen Tonarten gar so vernehmlich ihr Klagenstück antimmen und entsprechende Artikel in die ihnen zu Diensten stehende Presse lancieren. Man kann über die Zukunftsaussichten des deutschen Schiffbaues verschiedener Meinung sein. Jetzt sind jedenfalls die Verhältnisse noch nicht so schlecht, daß sie diese jammervollen Klagen rechtfertigen. Die Unternehmer verfolgen damit einen ganz bestimmten Zweck. Der Öffentlichkeit und den maßgebenden Schlichtungsinstanzen soll mit aller Macht gerade jetzt suggeriert werden, daß es keinem Industriezweig so hundsmissig schlecht geht wie dem deutschen Schiffbau, denn

am 30. September dieses Jahres läuft der zwischen den Vertretern der Werftarbeiterschaft und der Norddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller geschlossene Tarifvertrag ab, und es wird in wenigen Wochen über neue Löhne usw. verhandelt werden müssen. Das ist des Pudels Kern!

Es geht den Unternehmern in erster Linie darum, für diese Verhandlungen einen für die Werftbesitzer günstigen Boden zu schaffen. Ein Schlichter aber, der sich von vornherein mit dem Bewußtsein an den Verhandlungstisch setzt, daß die Unternehmenseite, selbst wenn sie den besten Willen dazu hätte, den Arbeitern auch nicht die geringsten Zugeständnisse machen kann, ist als ein nicht zu unterschätzender Vorteil für den Ausgang der Verhandlung zu bewerten.

Auf diesen Zusammenhang muß mit allem Nachdruck hingewiesen werden. Wie sich die Sache dann später entwickeln wird, bleibt abzuwarten. Ist der allgemeine große Werfttrübsal erst einmal Tatsache geworden, so haben die Werftindustriellen auf der ganzen Linie gewonnenes Spiel. Die ihnen heute so lästige Inlandskonkurrenz wird ausgeschaltet sein, und mit dem Auslande wird bei den jämmerlichen Stundenlöhnen von achtundsechzig bis achtundachtzig Pfennig, die hier bezahlt werden, der Wettbewerb mit großem Erfolge ausgenommen werden können. Mögen dann ruhig noch ein paar weitere Betriebe stillgelegt werden. Für die Direktoren der betreffenden Werke wird auch dann wieder — wie bisher — mit in die 'gig' Laufende gehenden Abfindungssummen gesorgt werden, die ihnen selbst in dem Falle genug zum Leben bieten, wenn sie keine neue Position erlangen können, was nur ganz vereinzelt einmal vorkommen dürfte. Und was aus den Arbeitern und Angestellten wird, hat die Gründer der Konzerne noch nie bekümmert und wird es auch in Zukunft nicht tun.

Nationalisierung, Vertrustung und immer höhere Verdienste der Unternehmer auf der einen Seite, Vermehrung der Arbeitslosigkeit und Verelendung der Massen auf der anderen Seite, das sind die Früchte der kapitalistischen Wirtschaftspolitik, die sich von Tag zu Tag mehr auswirken.

Nur eine einheitlich organisierte Arbeitnehmerschaft wird imstande sein, der sich immer fester zusammenschließenden Phalanx der Industrieherren mit Erfolg die Stirn zu bieten. U g e h a.

besondere empfohlen, das unerbittliche Ueberholen in Stadt, Straßen und Kurven zu unterlassen. Dieses Ersuchen hat weitest Beachtung gefunden, da alle Lübecker und Hamburger Zeitungen und mehrere Zeitungen Schleswig-Holsteins die zeitgemäße Mahnung verbreitet haben. In einer Lübecker Zeitung benutzt nun ein „Hamburger Autofahrer“ die genannte Mahnung zu einer gegenteiligen Folgerung und zu einem Angriff auf die Verkehrspolizei sowie auf die Ortsverwaltung zu Siems. Es wird über den Begriff der geschlossenen Ortschaft gerechelt und gewünscht, daß auf der Travemünder Landstraße keine Stoppstellen für Autos errichtet werden mögen, die als Autofallen ausgelegt werden könnten. Der Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs hat sich nun an einen beteiligten Anwohner von Siems mit der Bitte um Auskunft gewendet, ob Siems als geschlossene Ortschaft anzusehen sei. Die von dort erteilte Auskunft legt dar, daß in einer vor zwei Jahren stattgefundenen Sitzung des Polizeiamtes mit Vertretern der Interessentengruppen anerkannt sei, daß Siems und die an der Travemünder Landstraße liegenden Häuser als geschlossene Ortschaft anzusehen sei. Die Ortschaft sei nicht, wie in jenem Artikel angenommen, nur auf einer Seite bewohnt, auf der anderen Seite liege das Flenderwerk, das täglich von Hunderten, zu arbeitsreichen Zeiten von Tausenden von Arbeitern durch Ueberquerung der Straße aufgesucht werde. Die Ortschaft Siems beginne beim Fährhaus Schwarz und endige am Kirchweg beim Hause des Admirals Lürt. Die Autos und besonders die Motorradfahrer passieren oft in einem unverminderten Tempo von 90—100 Kilometer den Ort, um dann oft, beim Bemerkten des Mannes mit der Stoppuhr sofort auf die Schnelligkeit eines mittleren Kinderwagens durch die Natur zu schließen. Nicht nur, daß bei der Schnelligkeit Hausstiere und Fühner überfahren würden, so komme es auch vor, daß überfahrene Fühner triumphierend in den Wagen geholt werden. Es sei daher zu begrüßen, daß die Polizei sich aufgeschwungen habe, eine Kontrolle einzurichten.

Soweit die Auskunft aus Siems. Stimmt sie auch durchaus mit der ersten Mahnung des Verkehrsvereins überein, so sollte sich doch das Polizeiamt damit begnügen, den abgefahrenen Autofahrern gegenüber erstmalig eine Warnung zu erteilen und nicht gleich zu strafen. Wir gebrauchen für Travemünde und die Ostseebäder den Hamburger Verkehr und nichts ist mehr geeignet diesen von einem Ausflugsziel abzulenken, als wenn eine Landstraße in den Berruf kommt, eine Autofalle zu bergen. Ein Beispiel dafür gab Lütjenlee bei Ahrensburg, das eine Zeitlang

in großem Bogen umfahren wurde, weil einem Landjäger nachgejagt wurde, er habe dort eine Autofalle errichtet. Eine vermittelnde Stellung ist daher durchaus am Platz. Die Raserei und Ueberholerei der Autos sollte aufhören, aber andererseits auch nicht zu übermäßigen Strafmandaten führen — im Interesse des Fremdenverkehrs.

Soweit die Zuschrift des Fremdenverkehrsvereins. Die darin angeführten Tatsachen von unvernünftigem Fahren sprechen für sich selbst. Erfreulich ist es auch zu hören, daß es noch Herrschaften gibt, die sich ihren Waten auf der Landstraße holen. Gegebenenfalls wird die Justiz derartige Fälle als Tierfreundschaft oder Mordraub bewerten. Nicht verständlich ist die Bitte des Fremdenverkehrsvereins, die Autofahrer, die die Polizeiverordnungen mißachten und das Leben ihrer Mitmenschen bedrohen, mit Strafen zu verschonen. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß diese Herrenmenschen ganz energisch zur Rechenschaft gezogen werden, auch wenn der eine oder andere mit einem „Umweg“ droht. Dieser Troß wird ihnen schon vergehen, wenn sie allorts beobachtet werden.

Gesamt

Tödlicher Unfall auf dem Dampfer „Herrenwyl“

In der Nacht zum 18. Mai d. J. ist der Koch Carl Risse vom Lübecker Dampfer „Herrenwyl“, der in Königsberg lag, gegen 1/2 Uhr beim Anbordgehen ins Wasser gefallen und ertrunken. Herbeigeführt wurde der Unfall dadurch, daß Risse beim Besetzen der Leiter stolperte, als er gegen ein Tau stieß, mit dem die Leiter besetzt war. Es muß eine sonderbare Art der Befestigung gewesen sein, denn es dauerte eine geraume Zeit, bis das Gesamt über die Konstruktion klar wurde. Der zweite Maschinist war Zeuge des Unfalls; er bekundet, daß der Verunglückte ein zuverlässiger Seemann und zur Zeit des Unfalls nüchtern war. Kurz vor dem Unfall sind übrigens mehrere Passanten an der Unfallstelle gestolpert. Wer für die eigenartige Befestigung verantwortlich ist und weshalb sie nicht geändert ist, vermag der zweite Maschinist, der als Zeuge vernommen wird, nicht zu sagen.

Der Reichskommissar beantragte, die Verhandlung auszusetzen bis zur Rückkehr des Kapitäns, da dessen verlesene Aussagen nicht mit denen des zweiten Maschin-

Neues aus aller Welt

affen übereinstimmten und ein Verschulden der Schiffsektion vorzuliegen scheint.

Das Seeamt verkündete als Beschluss, den Steuermeister in Königsberg vernehmen zu lassen und die Rückkehr des Kapitans abzuwarten. Sollte sich diese unerwartet lange hinziehen, so soll nochmals eine Vernehmung durch ein Konsulat erfolgen.

Vom Kampf um die Vorherrschaft in der deutschen Ostseeschifffahrt

Ein wichtiger Schritt der Hapag

Wie gemeldet wird, ist zwischen den Reedereien Hermann Otto Jppen, Stettin, bzw. Jppen-Linie, Hamburg, Sartori u. Berger, Kiel, und Johannes Jk, Hamburg, eine Vereinigungsgemeinschaft geschlossen worden, die in erster Linie eine bessere Ausnutzung des gemeinsamen Schiffsraumes auf sämtlichen Linien bezweckt, darüber hinaus aber eine weitere Etappe in dem Kampfe um die Vorherrschaft in der deutschen Ostseeschifffahrt zwischen den beiden Großreedereien Norddeutscher Lloyd und Hapag darstellt. Die Reedereien, die die Betriebsgemeinschaft (nicht Gemeinschaftslokalität, wie von anderer Seite gemeldet wurde) eingegangen sind, stehen der Hapag sehr nahe. Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß der Nordd. Lloyd seit längerer Zeit über einen starken Einfluß bei der Stettiner Dampfer-Compagnie N.-G. verfügt.

Eine Kontrolle der arbeitslosen Bezahler des Lübecker Volksboten findet am Donnerstag, dem 16., und Freitag, dem 17. August von morgens 9^{1/2}—11 Uhr im Gewerkschaftshaus statt.

Verhaftete Falschmünzerin. Im Logis einer in der Kirchenstraße wohnhaften 27jährigen Arbeiterin wurden bei der Ueberholung durch die Kriminalpolizei Gipsformen und noch unvollfertige Falschmünzen von Fünfmarkstücken gefunden, die von der Arbeiterin sehr wahrscheinlich zu dem Zwecke hergestellt worden sind, um sie als echt in den Verkehr zu bringen. Die Arbeiterin wurde festgenommen. Sie wurde erst im April d. J. zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, denn sie hatte damals wissenschaftlich falsches Hartgeld in den Verkehr gebracht, von dem sie wußte, daß es von ihrem Freund angefertigt war.

Verkehrsunfall. Ein Zusammenstoß zwischen einem Auto und einer Radfahrerin ereignete sich gestern abend gegen 10 Uhr an der Ecke König- und Fleischhauerstraße. Die Radfahrerin kam die Fleischhauerstraße herunter und will die Hupe des Autos nicht gehört haben. Das Rad geriet unter das Auto und wurde demoliert. Die Radfahrerin selbst kam mit einer Handverletzung davon.

Reichsband der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen. Am Sonntag feierte der Verein im Kolosseum sein 10jähriges Stiftungsfest, verbunden mit einem Kindervergügen unter Leitung Ernst Alberts. Zehn Jahre sind es her, daß sich alle Kriegsbeschädigten fest zusammenschlossen, um die Wunden zu lindern, die der furchtbare Krieg geschlagen und vor allem auch für die Kriegshinterbliebenen mit Rat und Tat zu sorgen. Immer mehr ist der Verein in den 10 Jahren emporgewachsen in steter Einigkeit und treuer Kameradschaft und bildet in ganz Deutschland eine sichere Stütze für die Zukunft der Hinterbliebenen, um ihre Lage zu verbessern. Von Kiel war als Festredner Herr Hoppe erschienen. Er hielt eine markante Rede, die mit großem Beifall aufgenommen wurde. Sie klang aus in dem Rufe: „Ich halt' einen Kameraden. Der Saal konnte die Mitglieder kaum bergen, die mit all ihren Kindern erschienen waren, um sich zum fröhlichen Spiel zu vereinen. Es erreichte seinen Höhepunkt in dem Kapelltheater, welches mit Jubel begrüßt wurde und auch für die Alten einen heiteren Genuß bildete, weil Onkel Albert es versteht, auch in das Kapelltheater einen moralischen Sinn hineinzulegen. Als es dunkelte, bildete eine Kinderlaternenpolonaise einen wirkungsvollen Abschluß des Kinderfestes. Der Abend war dann dem Tanzvergügen gewidmet, das bis zum frühen Morgen ausgenutzt wurde. Den rührigen Vorstandsmitgliedern gebührt besonderer Dank. Sie hatten keine Mühe gescheut, um das 10jährige Stiftungsfest so glänzend zu gestalten.

Flugzeit der Hausbockläufer. Wie das Bauamt mitteilt, sind zurzeit auf den Dachböden, die mit Hausbock behaftet sind, zahlreiche Hausbockläufer zu beobachten. Diese Käfer legen jetzt ihre Eier in die Ritzen der Balken ein. Die Larven fressen dann eine ganze Reihe von Jahren in den Balken, ohne daß ihre zerstörende Tätigkeit äußerlich sichtbar zu werden braucht. Es liegt deshalb im Interesse aller Hausbesitzer, daß sie ihre Dachböden nach den Käfern absuchen. Ob es sich um den echten Hausbockläufer handelt, ist im Zweifelsfalle durch eine Anfrage in der Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt, Mengstraße 4, 1, festzustellen. Diejenigen Hausbesitzer, denen der Befall ihres Hauses mit Hausbock bekannt ist, müssen auch dann, wenn das Haus vermeintlich von dem Schädling befreit ist, sorgfältig darauf achten, ob sich auf ihren Dachböden Hausbockläufer befinden und müssen diese Tiere möglichst so rechtzeitig wegfangen, daß sie die Eiablage noch nicht vollzogen haben.

Stadttheater. Auf den Beginn der heutigen Vorstellung „Lohengrin“ um 19.15 Uhr sei besonders hingewiesen. Die Besetzung ist folgende: König Heinrich: Mainzberg; Lohengrin: Kooßing; Elsa: Janßen; Telramund: Schmidt; Ortrud: Grünwald; Heerrufer: Buschmann; Edle: Feudt, Eichenhut, Günther, Restemper; Edelknaben: Kreuzfeldt, Altenbach, Kalvius, Nicol.

Schäferhund-Ausstellung. Von unserer großen Sonderausstellung, welche am kommenden Sonntag hier in der Zuchtvieh-Auktions-Halle, Schwarzwasser Allee 84, stattfindet, wird eine große Zahl deutscher Schäferhunde gezeigt, so daß es jedem Hundliebhaber nur bestens empfohlen werden kann, sich diese Schau mit Prämitierung von morgens 9 Uhr an anzusehen. Das Eintrittsgeld ist auch, damit es jedem möglich ist, sich dieses anzusehen, auf nur 50 Pfg. gesetzt. Es sind die besten Schäferhunde aus Norddeutschland gemeldet.

In der Badeanstalt Falkendamm und Krähensteich betrug die Temperatur: Wasser 20 Grad, Luft 21 Grad.

Aus Lübecker Gerichtssälen

Wegen Betrug und Widerstandes hatte sich der Mechaniker B. zu verantworten. In mehreren Fällen war der Angeklagte bei Geschäftskleuten erschienen und hatte unter Vorpiegelung von falschen Tatsachen diese veranlaßt, ihm Sprechanlagen und Musikapparate gegen eine geringe Anzahlung auszubändigen. Nach Empfang der Gegenstände ließ er dann nichts mehr von sich hören. Als er in einer Wirtschaft eine erhebliche Summe gemacht und zur Bezahlung aufgefordert wurde, hatte er kein Geld. Einem Beamten, der seine Personlichen feststellen sollte, kam er ungebührlich und grob entgegen, wurde sogar gegen ihn tätlich. Nach dem ganzen Verhalten des Angeklagten und nach den Angaben der Geschädigten ist er nur darauf ausgegangen, sich ohne Bezahlung in den Besitz der Sachen zu legen, was ihm auch in den meisten Fällen gelungen ist. Das Urteil gegen ihn lautete auf eine Gesamtstrafe von drei Monaten Gefängnis.

Ein rabiater Ordnungshüter. Der Polizeiwachmeister Z. von hier mußte sich wegen gefährlicher Körperverletzung, Widerstandes und öffentlicher Beleidigung verantworten. Im Mai d. J. hielt er sich in Uniform in einer Wirtschaft auf und geriet mit einem Gast in Meinungsverschiedenheit. Dieser verließ das Lokal und begab sich in ein anderes. Auch der Ange-

Neue Naturkatastrophen

Eine gewaltige Ueberschwemmungskatastrophe bedroht die Städte und Ortschaften am Mittellauf des Indus. Ein Gletscher, der seit langem den Shyol-Fluß, einen Nebenfluß des Indus, der etwa 220 Kilometer unterhalb von Leh in Kaschmir in diesen mündet, abdämmte, ist durch den ungeheuren Wasserdruck plötzlich geborsten. Millionen Tonnen Wassers stürzten mit stürzender Gewalt aus einer Höhe von über 5000 Meter talabwärts, Felsblöcke, Bäume und jegliche Hindernisse mit sich reisend. Das enge Tal des Shyol ist in einen tosenden Geysersee verwandelt, und riesige Wassermengen rasen dem Indus zu.

Die Ostküste Kubas ist durch einen tropischen Wirbelsturm heimgesucht worden, der ungeheuren Schaden anrichtete. Der Magarfluh ist über seine Ufer getreten und hat weite Länderstrecken unter Wasser gesetzt. Die Ernte ist vernichtet, mehrere tausend Stüd Vieh kamen in den Fluten um. In dem an der Guantanamo-Bucht gelegenen Seehafen Caimanera hat der Sturm einige Küstenschiffe an den Strand getrieben. Der Ortan erreichte hier zeitweise eine Geschwindigkeit von 148-Stundenkilometer.

Schreckensstat eines Vaters. In Geislautern im Saargebiet hat ein Familienvater angeblich in einer Anwendung von Lebensmüdigkeit seine beiden Kinder im Alter von 4 und 6 Jahren mit einem Bindfaden an einer Wand aufgehängt. Ein Nachbar konnte die Kinder im letzten Augenblick vor dem Tode retten. Das wirkliche Motiv der Tat ist nicht bekannt. Es kommen weder eheliche Zwistigkeiten noch ungünstige Lebensumstände in Betracht.

In die Fremdenlegion verschleppt worden ist ein Sattlermeister aus Eppelborn im Saargebiet. Er hatte in Saarbrücken gearbeitet und wollte dort noch einige Einkäufe machen und dann nach Hause fahren. Er kehrte jedoch nicht zurück. Schließlich kam aus Afrika eine Nachricht, wonach der Verschwindene sich in der Fremdenlegion befindet. Der Sattlermeister hat inzwischen seiner Frau, mit der er sehr glücklich zusammenlebte, einen Brief geschrieben, ohne darin aber wegen der strengen Zensur den Grund seines Eintritts in die Fremdenlegion angeben zu können. Es besteht nach den vorliegenden Umständen kein Zweifel, daß der Sattlermeister Werben der Fremdenlegion, die in Saarbrücken ihr Unwesen treiben, in die Hände gefallen ist.

Bestätigte Todesurteile. Der Ferienstrafenrat des Reichsgerichts bestätigte am Montag drei Todesurteile. Die Arbeiterchefrau Frida Schmidt aus Lindenwalde hatte ihren Mann, mit dem sie jahrelang in unglücklichen Eheverhältnissen lebte, und der alles vertrant und ihr kein Wirtschaftsgeld gab, mit Ueberlegung mit Gas getötet. Während der Mann im Schlafzimmer schlief, öffnete sie den Gashahn. Schmidt wurde am anderen Tage tot aufgefunden. Die gegen das Todesurteil des Schwurgerichts in Potsdam vom 28. März 1928 eingelegte Revision wurde verworfen. Der Arbeiter August Woczygemba und die Arbeiterchefrau Katharina Gawlik waren wegen vorsätzlichen Mordes vom Schwurgericht in Oepeln am 28. April 1928 zum Tode und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden. Frau Gawlik hatte ihren Bruder, den Angeklagten Woczygemba angestiftet, ihren Ehemann zu erschließen. Woczygemba lauerte am 16. Januar 1928 seinem Schwager auf und erschoss ihn mit drei Pistolenkugeln. Die von beiden Angeklagten eingelegte Revision wurde verworfen.

Ein bemerkenswerter Fall von Wiederbelebung

Aus Kopenhagen berichtet die „Times“: Ein bemerkenswerter Fall von Wiederbelebung, der alles bisher Dagewesene übertrifft, ereignete sich bei den Klippen von Moen. Zwei Männer badeten dort im Meer, wobei einer von ihnen, namens Rasmussen in tiefes Wasser geriet und unterging. Sein Gefährte, unfähig ihm zu helfen, rief um Hilfe. Zufälligerweise näherte sich ein deutscher Arzt, Dr. Thiele aus Flensburg in einem Motorboot und tauchte nach dem Verschwindenen. Es gelang ihm, den Mann an die Oberfläche zu holen und ihn zu bergen. Nachdem der Untergegangene über 20 Minuten unter Wasser zugebracht hatte, schien jeder Versuch, ihn wieder ins Leben zurückzurufen, vergeblich. Die Autoritäten in Schwimmläden erriethen bisher die einzige Möglichkeit, die Verunglückten wieder ins Leben zurückzurufen, in der Anwendung der künstlichen Atmung. Wenn die Ertrunkenen indes mehr als zwei Minuten unter Wasser gewesen waren, so war meist alle Mühe vergeblich. Jede weitere Lebensfähigkeit erschien mit der ausgefehlten Atmung erloschen. Durch das Eintreten von Wasser in die Lunge war sie zum Weiteratmen unfähig geworden. Im vorliegenden Falle scheint es ganz ausnahmungsweise gelungen zu sein, bei der künstlichen Atmung nach und nach das Wasser wieder langsam aus der Lunge zu entfernen, und schließlich war es nur der Tatsache zu verdanken, daß ein Arzt in durchaus sachverständiger Weise die Wiederbelebungsvoruche vorgenommen hat. Als der Verunglückte wieder zum Bewußtsein kam, schilderte er, er habe das Sihen auf dem Meeresgrunde nur als wunderbaren Traum in märchenhafter Erinnerung. Ph. H.

Unwetter in Bayern. In der Umgegend von Nießbach hat ein schweres Unwetter, das von starkem Hagelschlag begleitet war, großen Schaden angerichtet. Die Hagelkörner hatten Haselnussgröße. Sie zertrümmerten zahlreiche Fenstererkerben und vernichteten das auf dem Feld stehende Getreide vollkommen. Auch in den Wäldungen, wo zahlreiche Bäume entwurzelt worden sind, hat das Unwetter schweren Schaden angerichtet.

Bankier Löwenstein vergiftet. Aus Boulogne sur Mer wird berichtet, daß die gerichtsarztliche Untersuchung der Eingeweide des Bankiers Löwensteins noch nicht abgeschlossen sei, daß aber bereits mit Bestimmtheit verlautet, daß die Untersuchung einwandfrei Giftspuren festgestellt habe.

Raubüberfall in Berlin. Im Flur eines Hauses in Berlin-Lichtenberg wurde Dienstag abend die Frau eines Kaufmanns von einem jungen Mädchen überfallen. Die Täterin warf der Frau Pfeffer in die Augen, schlug sie gegen die Wand und entriß ihr die Handtasche. Auf die Hilferufe nahmen Passanten die Verfolgung des Mädchens auf und erreichten es nach kurzer Jagd. Die erst 18 Jahre alte Räuberin wurde der Polizei übergeben.

Das Auto in der Bergschlucht. Aus Ajaccio (Korsika) wird berichtet, daß ein Touristenauto in eine 40 Meter tiefe Schlucht gestürzt ist und zwei Insassen getötet, zwei weitere verletzt worden sind.

Verhängnisvolle Kraftprobe. Durch einen Wortwechsel über die Frage, wer von ihnen der Stärkere sei, gerieten zwei Zimmerleute und der Arbeiter Franz Geidel in der Nähe von Holzweihlig im Bezirk Halle in Streit. Der eine Zimmermann packte den Geidel und warf ihn von einem Ueberbau auf die Eisenbahnschienen. Ein Zug, der im gleichen Moment heransauzte, zermalte Geidel vollständig. Die beiden Zimmerleute sind verhaftet worden.

Deutscher Arbeiter-Gängerbund Bezirk Lübeck



Werbe-Konzerte

in der Woche vom 12.—18. August

- Mittwoch, den 15. August:**
Arbeitsgemeinschaft Lübeck (Hansaring)
Gemischter Chor Karlishof (in der Siedlung)
- Donnerstag, den 16. August:**
Chorverein Lübeck (Brolingsplaz)
Gesangverein „Einigkeit“, Schlutup (Markt)
- Freitag, den 17. August:**
Graphische Liedertafel (Plaz zwischen Schulstraße und Lange Reihe (Pool))
- Sonabend, den 18. August:**
Arbeitsgemeinschaft Lübeck (Heimstätten)
Liedergemeinschaft Schönberg, Herrsburg u. Selmsdorf (Schönberg, Marktplatz, 7 Uhr)

Sämtliche Konzerte beginnen 8 Uhr abends. Wir ersuchen die Arbeitererschaft sowie Freunde des Gesanges, unsere Sache durch zahlreichem Besuch zu unterstützen. Der Bezirksvorstand

Die durch die Gewerkschaftsklassierer zur Verteilung kommenden Flugblätter empfehlen wir febl. Beachtung!

klage ging einige Zeit später fort und traf erneut auch den Gast in der andern Wirtschaft. Er stellte diesen wieder ohne irgendeinen Anlaß zur Rede und schlug ihm mit seinem Seitengewehr über die Hand. Ein Kollege des Angeklagten, der benachrichtigt war, erschien und versuchte, den angegriffenen Angeklagten möglichst unauffällig aus dem Lokal zu entfernen. Dieser Versuch wurde aber vom Angeklagten schlecht gedeutet. Er griff seinen Kollegen vielmehr tätlich an und belegte ihn mit äußerst häßlichen Schimpfwörtern. Erst mit Hilfe eines anderen Kollegen konnte er aus dem Lokal und zur Wache gebracht werden. Auch hier ließ er sich nicht beruhigen, sondern schimpfte in recht arger Weise weiter. Der Angeklagte kann sich der Einzelheiten des üblen Vorfalls infolge seiner Trunkenheit nicht mehr entsinnen. Das ungehörige Verhalten brachte ihn vor das Strafgericht. Der Verletzte hat durch den vom Angeklagten erhaltenen Schlag nachträgliche Schäden nicht gehabt. Das Gericht erkennt gegen den Angeklagten auf eine Gesamtstrafe von drei Monaten Gefängnis.

„Platzmachersender Sonderverkauf“. Der Kaufmann B. betreibt in der Breiten Straße ein Verkaufsgeschäft mit Möbeln

und anderen Sachen. Er erließ in einer fleißigen Zeitung eine große Ankündigung unter der besonders groß gedruckt Ueberschrift „Wir ziehen um — Der große Umanzug“. In dieser Ankündigung teilte er mit, daß er seinen nördlichen Laden räume, und um das Riesenlager vereinigten zu können, müßten hauptsächlich die Möbel schnellstens und zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Die Gelegenheit, die bekannte Qualitätsware jetzt billig zu bekommen, sei jetzt da, und dieser Platzmacher Sonderverkauf werde unvergeßlich für Lübeck sein. In dem Vorgehen des Angeklagten, das auch ohne vorherige Anmeldung bei der Handelskammer angeündigt worden ist, wird eine Uebertretung des Gesetzes betr. den unlauteren Wettbewerb vom 7. Mai 1909 und der §§ 1, 3, 7 der Bekanntmachung vom 17. März 1927 erblickt. Gegen einen Strafbefehl des Amtsgerichts in Höhe von 50 Rmt. hatte der Angeklagte gerichtliche Entscheidung beantragt. Er gibt zu, daß er für das Inserat verantwortlich sei und es auch verfaßt habe. Tatsächlich habe die Absicht bestanden, mit seinen Möbeln zu räumen, was allerdings nicht gelungen sei. Nach Ansicht des Gerichts handelt es sich in diesem Falle aber nicht um einen Sonderverkauf, wie er angeündigt worden ist, sondern nur um einen Teilsauverkauf im Sinne des § 7 des Gesetzes betr. Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs. Es läme auch nicht auf die Benennung des Verkaufes, sondern darauf an, welche Auffassung das laufende Publikum aus einer solchen Ankündigung gewinne. Das Gericht stellte fest, daß der Angeklagte gegen das Gesetz verstoßen habe und bestätigte durch Urteil die gegen den Angeklagten bereits erkannte Geldstrafe von 50 Rmt.

Theater und Musik

Klabund gestorben

Der Dichter Klabund (ein Pseudonym für Alfred Henschke) ist im Alter von 37 Jahren an einer Lungenüberkultose, zu der sich eine Rippenfellentzündung gesellt hatte, in dem Orte gestorben, an den seine Krankheit ihn immer wieder band und dessen Name identisch ist mit dem Titel eines seiner ersten Bücher: in Davos. Klabund wurde 1891 als Sohn eines Apothekers in Trossen a. D. geboren. Er begann einige Jahre vor dem Kriege in Alfred Kerrs „Pan“ und der damals noch wirklich jugendlichen Münchener „Jugend“ mit leidenschaftlich empfindener und künstlerisch revolutionär wirkender Lyrik, die wohl als sein ureigenstes Gebiet anzupreisen bleibt. Sein Roman „Moreau“, dem später so starke Werke wie „Noir“ und „Bade“ folgten, machte ihn bald in weiteren Kreisen bekannt. In den letzten Jahren hat sich Klabund vielfach dramatisch betätigt. Sein in China spielender „Kreidekreis“, den Max Reinhardt mit Elisabeth Bergner herausbrachte, wurde ein ganz großer, ein sensationeller Erfolg. Zwei andere Dramen, „X V 3“ und das „Kirchblütenfest“ fielen demgegenüber ab, und gar „Cromwell“ war ein ausgeprochener Verjager.

Mit Klabund, der in zweiter Ehe mit der Schauspielerin Carola Neher verheiratet war, ist eine jener starken und sympathischen Dichterpersönlichkeiten aus einem nur allzu kurzen und vom Tode ewig gejagten Leben dahingeshieden, an denen die deutsche Literatur nicht allzu reich ist.

Norddeutsche Nachrichten

Provinz Lübeck

J. Hafftrug. Fischer in nationalistischer Wahrung. Wie überall am Strande, so sucht man auch hier vergeblich nach schwarzrotgoldenen Fahnen. Die Monarchistenflagge ist tonangebend. Eine einzige Reichsfahne, die am Strande im Winde flattert, wurde bereits zweimal heruntergerissen. Das ist so Sitte bei den verbohnten Nationalisten, die sich von der Arbeit anderer hier mästen. Vereinzelt aber ist es, daß die tolle Wut der Badegäste gegen Schwarz-Rot-Gold auch die Logisgeber des Ortes ergriffen hat. Als ein Tagesgast kürzlich an einen Fischer die Frage richtete, wie es möglich sei, daß in diesem Fischerorte alles schwarz-weiß-rot flogge, erwiderte ihm der Fischer: „Wist Du rut hier, wi brukt keen Swartz-rotgeelen hier!“ Gleichzeitig pfliff er seinen „Zochen“ herbei und bald waren es deren fünf, die den beiden vorläufig stillschweigend assistierten. Das gab dem „Zochen“ Mut genug, um dem Gaste mit hochgeschwungenem Elmer zu drohen: „Sd flag Di dat Emmer öbern Kopp!“ Der Uebermüthige mußte der Fremde narkotisch weichen. Er zieht aber wie sicher manch anderer die Lehre hieraus und meidet in Zukunft eine Stätte, in der rabiate Leute den Einflüsterungen eines deutsch-nationalen Lübecker Rechtsanwalts und seines verblödeten Anhangs unterliegen.

-o- Gutn. Wummelwirtschaft bei der Regierung. Nicht merkwürdige Verhältnisse scheinen auf der hiesigen Regierung zu bestehen. Vor 9-10 Uhr ist in der Regel kaum ein Beamter zu sprechen. Telephonisch zu erreichen ist die Regierung erst gegen 9 Uhr. Nachmittags kann man sich vor 4 Uhr mit den Geschäftszimmern telephonisch nicht unterhalten. Hoffentlich genügt dieser Hinweis, um die Beamten und insbesondere die Telephonistin an Pünktlichkeit zu gewöhnen.

Hansestädte

Hamburg. Nach Unterschlagung von 30000 Mark geflüchtet ist aus Hamburg der 44 Jahre alte Proturist Gustav Wurmb, der bei einer größeren Firma angestellt war. Man nimmt an, daß er mit einer Frau Lydia Fischer, die gleichfalls aus Hamburg spurlos verschwunden ist, das Weite gesucht hat.

Der Hamburger Hafenbrand

5 Arbeiter vom Gerüst geschleudert

Hamburg, 14. August
Die Brandkatastrophe in Wilhelmsburg zählt sowohl hinsichtlich ihres Verlaufes wie des Schadens zu den größten, die sich im Groß-Hamburger Hafenraum seit Jahren ereignet haben. Das Feuer, das, wie berichtet, in einem riesigen Baumwolllager der Getreidehausgesellschaft zum Ausbruch kam, ergriff mit blitzhafter Geschwindigkeit zwei riesige, durch Brandmauern nicht genügend geschützte Schuppen, die bis oben hin mit Harz, Ölen, Mehl, Futtermitteln, Terpentin und anderen leicht brennbaren Stoffen gefüllt waren. Die Feuerwehren standen zunächst dem entseßlichsten Element machtlos gegenüber. Infolge der gewaltigen Hitze geriet ein Ammoniak-



lager von 600 Stahlflaschen in Brand und explodierte bei Einbruch der Dämmerung unter donnerähnlichem Getöse. Die Stahlflaschen flogen wie Granatsplitter umher und richteten großen Schaden an. So wurde das Dach eines Maschinenhauses einer Wollkammer durchschlagen und fünf Arbeiter, die von einem Gerüst aus den Brand beobachteten, durch die Explosion 20 Meter weit fortgeschleudert, wobei sie sämtlich verletzt wurden. Trotz der rechtzeitig und umfassend durchgeführten Absperrung durch die Polizei wurden mehrere Passanten durch Splitter verletzt.

Infolge des heftigen und plötzlich wechselnden Windes sprang das Feuer auch auf eine Anzahl der im Verkanal liegenden Schuten über, die mit Del, Harz und Terpentin beladen waren und ebenfalls wie Zunder ausbrannten. Sie ergossen ihre brennenden Stoffe auf das Wasser, so daß der Kanal selbst in Feuer geraten zu sein schien.

Ein gegenüber dem brennenden Kanal liegendes Lagerhaus geriet durch herüberfliegende brennende Baumwolle gleichfalls in Brand, der indessen durch schnelles Eingreifen der Feuerwehr im Keime erstickt werden konnte. Die Wehr mußte angesichts der gewaltigen Macht des Brandes ihre Tätigkeit auf den Schutz der benachbarten wertvollen Speicher und Schuppenräume beschränken, den sie auch erfolgreich durchführen konnte.

Die riesige Lagerstätte der Getreidehausgesellschaft bildet eine einzige Trümmerstätte, aus der noch immer Flammen züngeln. Der Schaden ist enorm; er wird auf zwei Millionen Mark

Zum Redner-Wettstreit der Primaner



Heinz Barth-Steglich und Annemarie Henney-Zehndorf, Sieger im Rednerwettbewerb

Aus der Kinderrepublik



Kinder vor dem Geschäftstisch bei den Berolletätigungsarbeiten der Parole-Ausgabe



Leere Milchmännchen werden zum Auto geschafft

beziffert, da allein für eine Million Mark Baumwolle verbrannt ist. Die gesamten wertvollen Vorräte, die in den nächsten Tagen verfrachtet werden sollten, sind vernichtet. Die Meinungen über die Entstehungsurache der Katastrophe sind geteilt. Während einerseits (zumal bereits vor einigen Tagen ein Brand an derselben Stelle ausbrach, der schnell gelöscht werden konnte) verschleierlich Brandstiftung angenommen wird, glaubt man in behördlichen Kreisen an eine Selbstentzündung vielleicht durch Kurzschluss.

Die Behauptungen, daß man die Hamburger Feuerwehr nicht gewünscht und nicht zu Hilfe gerufen habe, sind durch die inzwischen erfolgten amtlichen Feststellungen über die Ursache und den Verlauf des Brandes völlig entkräftet. Die Hamburger Zeitungen geben selbst zu, daß es dem aufopferungsvollen Vorgehen der an der Brandstelle tätigen Feuerwehren durchaus gelungen sei, die Gebäude der Umgebung vor einem Ueberspringen des Feuers zu bewahren. Ebenso werden die von der Polizei getroffenen Schutzmaßnahmen rückhaltlos anerkannt.

Im Hamburger Hafen ist vermutlich ebenfalls durch Selbstentzündung, die zumeist aus Decken bestehende Ladung des englischen Dampfers „Lambert“ in Brand geraten.

Schleswig-Holstein

Kiel, 14. August, Städtetag-Delegierter! Die sozialdemokratischen Teilnehmer am Schleswig-Holsteinischen Städtetag in Husum treffen sich zu einer Vorbesprechung am Donnerstag, dem 23. August, nachmittags 4 1/2 Uhr in Leuth's Gasthof zu Husum.

Oldenburg

Rüstringen. Abenteuer eines Luftballons. Ein gefährliches Ballonmanöver ereignete sich am Sonntag gegen Abend bei Carolinensiel. Von den Zulestädten aus und den Orten des Zwerlandes wurden mehrere Freiballons beobachtet, von denen einer bei Sande und einer bei Sanderahm niederging. Der dritte Ballon trieb weiter und kam der See immer näher. Im nördlichen Zwerland muß sein Führer dann wohl die Nordsee gestiftet haben, denn er versuchte schließlich zu landen. Das Manöver gestaltete sich jedoch sehr schwierig. Der Ballon kam bei Carolinensiel nieder und schwebte über dem Erdboden dahin, da der Führer kein geeignetes Landungsplatz vor sich sah. Bauernburschen ergriffen das Haltetau der schweren Gondel, doch mußten sie dies bald wieder freilassen, da der Ballon erneut wieder zu steigen begann. Dabei verwickelte sich das Tau um einen Telegraphenmast, riß diesen aus und schleifte ihn mit. Etwa 200 Meter weit schleifte der Mast durch ein Weizenfeld, bis er in einem Garten liegen blieb. Der Korb des auf- und niederhängenden Ballons ward nun auf ein Haus zugeleitet, dessen Bewohner in große Gefahr gebracht wurden. Der Korb deckte fast das halbe Dach ab und legte den Schmornstein des Hauses glatt weg, so daß die Steine den angestürzten Leuten in die Küche fielen. Dann schleifte das unbegreifbare Objekt weiter und zwar geriet es über die Straße hinweg in ein Ackerfeld, wo neuer Flurschaden angerichtet wurde. Auf einer nahe Weide erst hatte der Ballon sein letztes Gas verloren und blieb liegen.

Bundestag des Deutschen Verkehrsbundes

Bei der Festsetzung der Tagesordnung zu Beginn des zweiten Sitzungstages verlangten die Kommunisten eine Erweiterung derselben. Der Bundestag lehnte dies ab. Darauf gab der Vorsitzende

Schumann den Geschäftsbericht.

Redner verlas auf die vorliegenden Jahrbücher und auf die übrigen sehr umfangreiche publizistische Tätigkeit des Bundes. Darauf zeichnete Schumann von den innen- und außenpolitischen Verhältnissen der letzten 3 Jahre ein anschauliches Bild. Die Bürgerblockregierung habe viel zu lange zum Schaden der Arbeiterklasse regiert. Auf wirtschaftlichem Gebiete vermochten die Unternehmer namentlich mit Hilfe der Nationalisierung wesentliche Vorteile zu erlangen. Die Rendite der Aktiengesellschaft

ist dafür der beste Beweis. Neben dem schreitet die Konzentration des Kapitals und der Betriebe ununterbrochen fort. Deshalb ist es notwendig, Einfluß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zu bekommen. Ueber das Wie wird der demnächst stattfindende Gewerkschaftskongreß Richtlinien geben. Unter Beifall der Bundestagung begrüßte Schumann die Beteiligung der Sozialdemokratischen Partei an der Regierung. Kurz so sei es möglich, Einfluß auf die politischen Organe zu gewinnen. Auf das innere Verbandswesen übergehend, zeigte Schumann, wie sich der Bund durch vorsichtige und geschickte Taktik innerlich konsolidiert und nach außen an Macht gewonnen hat. Die Interessensvertretung konnte in umfassender Weise geschehen. Die in den letzten 3 Jahren geführten 6290 Lohnbewegungen haben die materiellen Verhältnisse der Transportarbeiter und Verkehrsarbeiter sehr wesentlich verbessert.

Das ist Klassenkampf in der Praxis!

Um erfolgreiche Kämpfe zu führen, sind große Geldmittel notwendig. Diese bekommt man nicht, wenn jedes Verbandsmitglied einen Beitrag bezahlt, wie das Verbandsmitglied Thälmann bis vor kurzem. Dieser hatte nämlich einen Wochenbeitrag von 60 Pfennig als für den Klassenkampf ausreichend gehalten. Schumann berichtete ferner über die umfangreiche Tätigkeit auf dem Gebiete des Bildungswesens. Die eigenen Betriebe des Bundes nehmen eine gute Entwicklung. 250 Autos, davon 29 Autosbusse und 700 Beschäftigte stellen immerhin einen erfreulichen Anfang dar. Die etwa 30stündige Rede Schumanns bildete den Höhepunkt des Sitzungstages. Die Delegierten spendeten ihrem Vorsitzenden lebhaften Beifall.

Der Hauptkassierer Kärnberg konnte in seinem

Kassenbericht

eine außerordentlich gute Entwicklung feststellen. Die Beitragsleistung steigt ununterbrochen und hat sich gegenüber 1924 verdoppelt. Das Bundesvermögen hat sich ständig gehoben. Die Einnahmen des Verbandes nehmen eine zufriedenstellende Entwicklung. Die letzten Kämpfe, namentlich in der Rhein- und Kanalstättfahrt haben enorme Kosten verursacht. Ein gleich günstiges Bild der Vermögenslage bietet die „Fakulta“ (Rechtschutz- und Haftpflichtunterstützung der Kraftfahrer).

Kollege Fromm berichtete über die „Rentka“ (Renten-, Pensions- und Sterbeunterstützungskasse), die ebenfalls ein günstiges Bild aufweist.

Der Redakteur des Bundesorgans, Lindow, setzte sich in seinem Bericht mit den zahlreichen Anträgen über die Bundesorgane auseinander. Die meisten richteten sich gegen die sogenannte „Schreibweise“. Ihre Herkunft ist nicht zweifelhaft. Lindow versprach eine weitere technische Verbesserung des Bundesorgans, jedoch eine Aenderung der Haltung des Blattes könne er nicht in Aussicht stellen. Die gegen die Haltung der Presse gerichteten Anträge fanden nicht die notwendige Unterstützung des Bundestages und waren somit abgelehnt.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht war äußerst lebhaft. Die Tätigkeit des Bundesvorstandes wurde gutgeheißen und selbst von den Kommunisten nicht bemängelt. Was letztere zu sagen hatten, waren die üblichen Phrasen, die man zur Genüge kennt.

Der Verbandstag der Buchbinder

in Düsseldorf lehnte in grundsätzlicher Abstimmung eine evtl. Beitragserhöhung mit großer Mehrheit ab, desgleichen eine Beitragserhöhung bei gleichzeitiger Erhöhung der Unterstützungen. Die Vorlage des Verbandsvorstandes sah einen Ausbau der Unterstützungsanstaltungen unter Beibehaltung der augenblicklichen Beitragsätze vor.

In der Statutfrage entschied sich der Verbandsvorstand im Prinzip dahin, daß sowohl der Beirat wie der Ausschuß bestehen bleiben. — Den Höhepunkt der Tagung bildete das Referat von Professor Dr. Singhetmer (Frankfurt a. M.) über die Entwicklung des Tarifrechts. Der Verbandstag beschloß, das Referat als Sonderdruck allen Mitgliedern zugänglich zu machen.

Tarif- und Lohnbewegungen

erörtert. Der Tarifsekretär des Verbandsvorstandes, Wienicke, wies auf die große Bedeutung der bestehenden Reichstarife hin, unter die allein 91 540 Berufsangehörige fallen. Das Haupthindernis in der Durchführung der Tarife liege in dem schlechten

Vergesst es nicht!

Wir bringen diesen, verspätet eingegangenen Artikel zum Kriegsausbruchtag ausnahmsweise noch nach, weil er in kräftiger Weise den Gefühlen Ausdruck gibt, mit denen die proletarische Jugend dem Krieg und seinen Verherrlichern gegenüber steht. D. R.

Zum 14. Male fährt sich der Tag, an welchem ein Schrei durch Deutschland ging: „Krieg! Das Vaterland ist in Gefahr, man greift uns an; man überfällt uns!“ Das waren die Worte, welche von oben herab in das Volk geschleudert wurden. Und das Volk glaubte.

Aber nicht nur in Deutschland, nein, in ganz Europa rief man es, und ganz Europa legte sich vier Jahre in Dred und Lehm und mordete. Fruchtbarer Boden wurde zermüht, blühende Ortschaften zerschossen und verwüstet und erntereife Saat zertreten und zerstampft. Der Mensch vergaß, daß er Mensch war, er wurde zur Maschine. Nur nicht denken! Väter mordeten Söhne, Söhne mordeten Väter. Mütter vergaßen ihre Mütterlichkeit, gingen in die Fabrik und drehten Granaten. Und wir, die wir jetzt das wehrpflichtige Alter haben, wenn es noch eine Wehrpflicht gäbe, wir Kinder von damals, standen dem allen vollkommen verständnislos gegenüber. Aber doch fühlten wir den Ernst der Zeit, denn wir hungerten. Wie mag es der armen Mutter manchmal zumute gewesen sein, wenn wir um ein Stück Brot bettelten und sie wußte nicht, wo sie es hernehmen sollte. Das gewöhnlichste Schweinefutter, Kohlrüben, war fast zur Delikatesse geworden.

Wie oft standen wir im schrecklichen Winter 1917 bei 15 Grad Räte Stundenlang in dünner Kleidung nach zehn Bröcklein. Oh ja! wir erinnern uns noch, wie wir werden nie vergessen. Und doch gibt es Menschen — man kann sie kaum Menschen nennen — die sich jetzt schon wieder über im gräßlichen Handwerk des Krieges. Man fragt sich: Ist es überhaupt möglich, daß jemand jemals diese furchtbaren Jahre vergessen könnte? Und doch scheint es so. Wie viele sogenannte Wehrverbände sind schon wieder dabei, die Jugend zu erziehen im Geiste eines Revanchekrieges. Allerdings ist dies eine Jugend, welche nicht viel von der Not und Kälte gefühlt hat. Offiziers- und Beamtenkinder, deren Väter es auch während des Krieges verstanden haben, für ihre Familien zu sorgen. Und unsere Väter und Brüder? Wie kamen sie nach Hause, soweit sie überhaupt wiederkamen? Verwundet, verkrüppelt oder mit inneren Krankheiten und ohne Ausnahme fast bis zum Skelett abgemagert. Damals schrie alles „Nie wieder!“ und heute hat der größte Teil das alles wieder vergessen.

Aber wir, die wir die Folgen des Krieges jetzt noch verspüren, wir wollen nicht mehr. Wir wissen, daß auch dieser letzte Krieg ein Wahnsinn war. Daß sich unsere Väter nicht für uns für das Vaterland geopfert haben, sondern nur für den Größenwahn eines herrschaftlichen Kapitalismus. Um einigen wenigen die Taschen noch voller zu stopfen, ist ein Krieg geführt worden, welcher Millionen von Menschen unglücklich machte.

Und heute rüstet man wieder mehr als je; Amerika, England, Frankreich, Italien, sie alle haben ein Heer, welches viel stärker ist als vor dem Kriege. Ja, selbst Sowjetrußland hat eine der größten Armeen der Welt. Und wie ist es in Deutschland? Da jeder man mit der größten Begeisterung hinter dem Tamtam jeder Regiments- oder Militärverwehrcapelle her. In allen Ländern der Welt baut man mit Hochdruck Kanonen, Kriegsschiffe, Kampfflugzeuge usw. In den Laboratorien sind die Chemiker dabei, Gase zu erfinden, welche die grüßten Städte in wenigen Stunden in Massengräber verwandeln. Da hilft kein Keller, keine Gasmaske, überall wird es hineingetragen und, ganz gleich ob Frauen, Männer oder Kinder, unschuldige Menschen hingerichtet. Kein offener Krieg, wo Mann gegen Mann steht, wird es werden, sondern ein Luft- und Gaskrieg, welcher an Gräßlichkeit und Dual alles Gewesene in den Schatten stellt.

Wir alle wollen und müssen dafür sorgen, daß ein solcher Krieg nicht Wahrheit wird. Es genügt nicht, daß wir, wenn es soweit ist, sagen, „wir machen nicht mit“. Nein, schon jetzt, täglich, stündlich muß unser Schrei allen denen, die

Jugendtreffen IN HAMBURG 1. und 2. Sept. 1928



Veranstaltet vom Ausschuß des 11. Bezirks des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

es noch nicht begriffen haben, in die Ohren gellen. Denkt an 1914/18! Denkt an das Gas, die Kanonen! Denkt an den Hunger und das Elend! Denkt an eure unschuldigen Kinder! Ruft mit uns: „Wir wollen nicht, wir haben genug der Schlachtere!“ Vor allem Aufgabe der Jugend muß es sein, die Gleichgültigen aufzurütteln und an die Schrecken des Krieges zu erinnern. Nicht Angst vor dem Tode ist es, welche uns den Krieg bekämpfen heißt; wir kennen Ideale, für die wir unser Leben, wenn es darauf ankommt, freudig in die Schanzen werfen würden. Aber es müssen Ideale sein, die des Menschen würdig sind. Nicht zerstören, sondern aufbauen wollen wir. Aufbauen eine Welt der Gleichberechtigung, der Menschenliebe, eine Welt von Brüdern, gleiche Arbeit, gleichen Lohn. Schafft friedliche Werkzeuge aus dem Stahl der Waffen. Rüst die Technik, um eine neue Kultur zu schaffen, die Flugzeuge, um die Grenzen zu verwischen und die Völker gegenseitig näher zu bringen. Ihr Chemiker, stellt eure Laboratorien in den Dienst der Menschenliebe, schafft Heilmittel für Kranke, experimentiert nicht, um zu morden, sondern zu heilen. Ihr Maler, gebt auf euren Gemälden dem Kriege das Gesicht, welches er in Wirklichkeit hatte, malt ihn mit allen Schrecken so wie D. i. e. K. r. e. z. s. h. m. a. r. z. u. f. w.

Ihr Dichter schafft, schafft Werke und laßt in ihnen die Toten, Verwundeten und die von der Not erbitterten Frauen und Mütter sprechen. Aber Ihr noch Lebenden Opfer des Krieges zeigt denen, die vergessen haben, eure verstümmelten Glieder, Ihr Frauen, zeigt eure eingefallenen und abgemagerten Gesichter. Ihr jungen Menschen eure verkrüppelten, unterernährten Körper und schreit es laut in alle Welt:

Krieg dem Kriege!

E. Junge

Jugendtag des Unterbezirks Lübeck der G.A.J. in Radeburg

Ein herrlicher Tag grüßte die sozialistische Arbeiterjugend, welche gemeinsam mit den sozialdemokratischen Frauen den Jugendtag des Unterbezirks feiern wollte. Zehn mit Grün und roten Fahnen geschmückte Lastzüge sollten sie nach Radeburg bringen; doch die bestellten Wagen reichten bei weitem nicht zu, die große Schar zu fassen, welche sich gegen 8 Uhr morgens am Gewerkschaftshaus versammelte; erst als noch ein in letzter Minute bestellter Lastwagen mit Anhänger eintraf, konnte die Fahrt mit einer Stunde Verspätung angetreten werden.

Nach kurzer Fahrt, ohne Antopanne, trafen wir in Radeburg ein; auf hohen Masten grüßten uns rote und schwarz-rot-goldene Fahnen. Nach dem Einmarsch auf den Markt begann die Kundgebung. Genosse Zimmermann begrüßte die Jugend im Namen der Ortsgruppe Radeburg und dann sprach Genosse Dr. Leber. Mit dem Verfassungstag, den wir feierten, begann er. Wohl hatten wir gehofft, daß nach diesem Wahlsieg der 11. August gesetzlicher Feiertag würde. Aber wir haben uns getäuscht. Wir sind zwar der Ansicht, daß es heute schon mehr überzeugte Republikaner gibt, als vor dem Kriege überzeugte Monarchisten, aber man bringt den Mut nicht auf, sich zur Republik zu bekennen und deshalb stimmte man im Reichstag gegen den gesetzlichen Feiertag. Hier drüben steht ein Denkmal mit der Aufschrift: „Wilhelm dem I., dem Einiger des Deutschen Reiches“. Aber diese Inschrift ist eine Lüge. Nicht geeinigt hat er das Deutsche Reich, sondern zersplittert.

Erst nach dem Weltkriege kamen die Einiger des Deutschen Reiches. Als der handfeste Saitlergeselle Fritz Ebert die Geschichte Deutschlands in die Hand nahm, als man die Republik schuf, erst da konnte man von einem einigen Deutschland sprechen. Diese Republik nun auszubauen, ist eure Aufgabe, ist die Aufgabe der Jugend.

In Euch liegt noch die Kraft und die Begeisterung. Ihr müßt der Sauerkeig der Bewegung sein! Radikal sein, vorwärts drängen! Laßt Euch nicht von den Alten in eurem Jugendmut, in eurer Begeisterung zurückdrängen! In diesem Sinn der Deutschen Republik ein kräftiges „Frei Heil“. Das Lied „Brüder zur Sonne“ schloß die eindrucksvolle Kundgebung.

Nun ging es nach dem Festplatz und alles suchte nach einem schattigen Plätzchen, denn die Sonne meinte es auch gar zu gut mit ihrem Segen. Die Erfrischungszelle wurden, vor allem von den Erwachsenen förmlich gestürmt, während sich die Jugend bei Spiel und Tanz vergnügte. Das Kinder-Trommel- und Pfeiforchester der Turnerschaft Wölln sorgte für die nötige musikalische Unterhaltung.

Leider konnten es sich einige Jungstahlhelmente nicht verkneifen, die Veranstaltung zu stören; sie erhielten die verdiente Abfuhr.

Gegen 7 Uhr begann der Abmarsch nach dem Markt, wo noch eine kurze Schlusskundgebung stattfand. Es sprach Genosse Schwarzp. Er führte aus: Wir sind es gewohnt, wenn wir in eine Stadt kommen, daß uns die Behörden begrüßen, wir haben den Herrn Bürgermeister und den Herrn Landrat zur Verfassungsfeier der Arbeiterjugend eingeladen, aber sie sind nicht gekommen. Wir nehmen an, daß die Herrschaften die rote Fahne nicht sehen können, aber wenn das so ist, dann kommen wir erst recht wieder und werden ihnen die rote Fahne solange unter die Nase halten, bis sie sich daran gewöhnt haben.

Danach sprach der Sprecher der Kinderfreunde „Unser die Erde“. Zum Schluß wurde ein Hoch auf die Sozialdemokratie ausgebracht.

Ein Wagen nach dem anderen verließ Radeburg und bald langten wir wohlbehalten in Lübeck an. E. Junge

Im Sturm am Kurischen Haff

Möglichst oft zu baden ist für jeden Arbeitersportler eine Selbstverständlichkeit. Es kommt ihm nur auf die Wahl des Wassers an. Wir, zwei Mädels und zwei Jungen, hatten vor, am Sonntag, dem letzten Tag unseres Ferienaufenthaltes im Kurischen Haff uns für neue Arbeit in Bureau, Betrieb und Atelier vorzubereiten. Nur noch einige Stunden der herrlichen Landstreicherei, der Ungebundenheit des Lebens ohne an-erzogene Hemmungen. Diese letzten Stunden wollten wir ausnützen.

Also los! Wir mieteten uns für 1 Mark ein Ruderboot und fuhren bei ruhigem Haff und gänzlicher Windstille an der Mündung entlang. Es war 8 Uhr. Etwa um 9 Uhr standen wir zwei bis drei Kilometer vor den Weißen Bergen. Hier, wo man nichts weiter als Sand, Wasser und den blauen Himmel sieht, wo man verschont ist von allen Segnungen bürgerlicher Kultur, wo man weder Schälmeien noch andere Unmuth hört und sich nicht gegenseitig anzulügen braucht, wollten wir bleiben.

Kol Woater und Nordwind hatten aber anders beschlossen. Unser letzter Ferienstag sollte für uns ein Erlebnis werden, das wir nicht vergessen werden. So dicht vor unserem Ziel setzte unvermutet heftiger Nordwestwind ein, der das Haff in wenigen Minuten hochpeitschte. Unsere angelegten Versuche, gegen die hohe Dünung das Ufer zu erreichen, schlugen fehl.

Gegen 13 Uhr erst wurde uns die Angelegenheit muthig. Trotz unserer Bemühungen hatte uns die Dünung bis auf die Höhe von Nüssen geworfen. Aber auch hier war keine Möglichkeit, an Land zu kommen. Unser werfen konnten wir nicht, weil die Ankerkette zu kurz und auch nicht genügend am Rahn befestigt war. Zwei Touren dampfer, die wir anriefen, bemerkten uns nicht. Auch ein Segelboot, das die Naturfreunde uns nachgesandt hatten, wurde zwar von uns gesehen, wir aber von den Insassen trotz ausgestellter Badeanzüge und Taschentücher nicht bemerkt.

Währenddessen hielten wir Rat, was zu tun sei. Die Unmöglichkeit, an die Mündung zu kommen, hatten wir erkannt. Auf Rettung durch andere war keine Aussicht; denn weit und breit war kein Boot zu sehen. Zudem quälte uns hartnäckiger Durst, den wir nicht einmal mit Haffwasser löschen konnten, weil wir alle Hände voll zu tun hatten. Unsere Kleider waren inzwischen völlig durchnäht. Die Mädels storen jämmerlich, während Gefährt und Hände brannten. Wir beschlossen nun, mit Hilfe eines Ruders und einigen Schnürsenkeln die mitgenommene Schlafdecke als Segel zu benutzen, um so mit Wind und Dünung auf die andere Seite des Haffs zu gelangen, die wir vor Eintritt der Dunkelheit zu erreichen hofften. Eine kurze Zeitlang hatten

wir mit unserem Schlafdeckensegel Erfolg. Dann wurde der Wind aber so stark, daß die Mädels die Decke nicht mehr halten konnten. Auch die Schnürsenkel, mit denen wir die Decke an das hochgestellte Ruder gebunden hatten, rissen. Die Mädels wurden durch Rufe, Stundlanges Rudern und Aufregung völlig erschöpft. Uns Jungen hielt irgendetwas hoch, über das wir uns nicht klar waren. Weiteres Rudern war nicht nur zwecklos, sondern auch gefährlich. Mit den vorhandenen Rudern hatten wir genügend zu tun, die sehr hoch gewordene Dünung zu schneiden, um ein Umschlagen des Bootes zu verhindern. Gesprochen wurde so gut wie gar nicht. Jeder wußte, daß, wenn einer versagte, alle ertrinken würden.



Wir saßen jetzt auf der Mitte des Haffs. Von Land war keine Spur. Wie lange sollte diese Schinderei noch dauern? Hatte sich der Wind gedreht? Fuhren wir in der Mitte des Haffs hin und her? „Wie lange werden eure Kräfte noch ausreichen?“ fragten unsere tapferen Genossinnen. „So lange es geht,“ ist die kurze, unbestimmte Antwort. „Vorwärts Land!“ Nein, es ist kein Land, sondern ein Schleppzug, der sich eilig davonmacht, ohne uns zu sichten. Hunger und Durst wollen wir durch eine Pfeife Tabak bekämpfen. Als die Mädels die Pfeifen stopfen wollten, sind Tabak und Streichhölzer ausgeweht. Also nicht mal mit Dampf kann man versaufen. Werden unsere Kräfte ausreichen? Werden wir vor Eintritt der Dunkelheit Land sehen?

„Wie ruhig die Sonne untergeht,“ stellt eine Genossin fest. May die Sonne untergehen, wir haben noch keine Lust dazu. So gleichgültig wir in diesen Stunden schon geworden sind, verlaufen wollen wir doch nicht. Los: „Ruh — rüber —! Festhalten — Dünung!“ Wir hören diese lauten Zurufe und führen die notwendigen Arbeiten aus. Still, ruhig, so selbstverständlich, als ob wir nie was anderes getan hätten. Beine und Arme spüren wir nicht mehr. Einen Stützpunkt für die Füße gibt's im Rahn nicht. Manchmal fragen wir uns, warum noch niemand von uns weggespült worden ist.

Wir fühlen uns völlig einsam. Wie zusammengeklüftet. Die Mädels wollen so gern einen von uns ablösen.

„Nein! Haltet euch lieber fest.“ Vorläufig halten wir noch aus.“ Beide Jungens bewundern die Ruhe und den Mut der Mädels, die, vor Kälte zitternd, ohne Seufzer, ohne Klage Wasser schöpfen. Ihr aufmunternder Blick ist uns Anerkennung und Kraftquell.

„Geradeaus Land!“ Ja, es ist Land. In der Dämmerung erkennt man die schattenhaften Umrisse eines Hauses. Bald sehen wir auch Bäume. Eine neue Sorge: Wird in der Nähe des Landes die Strömung umschlagen, während wir vielleicht am Lande seitwärts weitergetrieben werden? Wird das Boot auch in der hohen Brandung unserm provisorischen Steuer gehorchen? Die Wellen schlagen bald von allen Seiten ins Boot, das zu stampfen beginnt. Wir sind also schon im flachen Wasser. Grund ist aber auch mit dem Ruder noch nicht zu erreichen. Jetzt ist es stockdunkel. Noch dunkler aber sehen wir das sichere Land vor uns. Die hohe Brandung schlägt ständig übers Boot. Eine Genossin nimmt ein noch übriges Ruder und nach einer halben Stunde stößt der Rahn aufs Ufer. Raus, den Rahn hinaufgezogen und verankert. Diese Arbeit führen wir aus, ohne zu überlegen. Wir stehen irgendwo bis zu den Knien im Sumpf, durch den wir auf ein vor uns stehendes Haus waten. Schließlich treffen wir einen Mann, der uns eine Pfeife Tabak gibt, uns auf die Dorfstraße und in ein Gasthaus führt. Wir sind in dem Fischerdorf Tawo, 12 Kilometer vor Seddenburg gelandet, haben also das Kurische Haff an seiner breitesten Stelle überquert. Es ist 22 1/2 Uhr.

Im Gasthaus werden wir von den Fischern angestaunt. Anerkennende Worte lassen in uns das Gefühl der Gleichberechtigung mit den Fischern aufsteigen. Wir stärken uns, bekommen von der Wirrin trockene Wäsche und fallen müde und frei in die weißen — warmen Betten.

Unser letzter Feiertag ging zu Ende. Zwar nicht so, wie wir es beabsichtigt hatten, sondern mit einem Erlebnis, das auf uns bleibenden Eindruck gemacht, uns fester zusammengeklüftet hatte. Kol Woater und Nordwind haben uns zusammengeklüftet. Paul Kallina

Der Hamburger Gewerkschafts-Kongress

Die wichtigsten Anträge des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses zum Hamburger Kongress der Gewerkschaften, die in der Gewerkschaftszeitung veröffentlicht werden, befassen sich mit der Arbeitszeit und Arbeitsaufsicht, mit der Arbeitsmarktpolitik, der Wirtschaftsdemokratie, den Bildungsaufgaben der Gewerkschaften sowie mit der Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung.

In der Arbeitszeitfrage fordert der A.D.G. klare und eindeutige Begrenzung der Arbeitszeit für alle Arbeitnehmer auf acht Stunden täglich durch das Arbeitsschutzgesetz. Die gegenwärtige Regelung, wie sie zuletzt durch das Arbeitszeitgesetz getroffen wurde, sei weit entfernt von den Forderungen der Gewerkschaften. Der Grundsatz des Achtstundentages, dessen soziale, volkswirtschaftliche und kulturelle Bedeutung heute niemand mehr ernsthaft zu bestreiten wage, müsse in allen Zweigen der Wirtschaft durchgeführt werden. Der Arbeitsschutzgesetzentwurf gebe infolge seiner zahlreichen Ausnahmen keineswegs eine Garantie für die grundsätzliche Durchführung des Achtstundentages. Verschiedene Bestimmungen des Entwurfs erfüllten nicht einmal die Bedingungen des Washingtoner Abkommens, dessen Vorschriften als Mindestprogramm zu betrachten seien. Mit der Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes müsse das Versprechen zur bedingungslosen Ratifizierung des Washingtoner Abkommens eingelöst werden, die auch vom Verwaltungsrat des I.A. nicht durch Verhandlungen über Abänderung der Konventionen verzögert werden dürfe. Das Arbeitsschutzgesetz müsse eine großzügige Neuregelung des gesamten Arbeitsschutzes bringen. Dabei sei die völlige Umgestaltung der Arbeitsaufsicht zu einer Reichsarbeitsaufsicht entsprechend den gewerkschaftlichen Forderungen unerlässlich.

In seinem Antrag zur Arbeitsmarktpolitik billigt der A.D.G. den Grundgedanken des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, betont jedoch, daß die Durchführung der Arbeitslosenversicherung nur dann befriedigend erfolgen könne, wenn die Verwaltung der Reichsanstalt frei von bürokratischen Hemmungen und in enger Verbindung mit den in der Wirtschaft Tätigen durchgeführt werde. Vorstand und Verwaltungsrat müßten vor allem wirtschaftlich geschulte Kräfte, die im Privatdienstverhältnis zu beschaffigen seien, zur Lösung der Aufgaben heranziehen. Reichsanstalt und Dienststellen dürften sich nicht durch die Aufbauschung von Einzelfällen des Unterstützungsmitbrauchs über die trostlose Lage der langfristigen Arbeitslosen täuschen lassen. Die Krisenfürsorge müsse auf alle Berufsgruppen ausgedehnt und allen Arbeitslosen, die trotz Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit einen Anspruch auf Versicherungsleistungen noch nicht besitzen oder diesen Anspruch erschöpft haben, ohne Ausnahme und ohne zeitliche Begrenzung gewährt werden.

Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie bedeutet nach dem Antrag des A.D.G. schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit. Die Entwicklung führe vom kapitalistischen Einzelbetrieb zum organisierten Monopolkapitalismus; damit seien aber auch die Gegenkräfte der organisierten Arbeiterkraft und der politisch-demokratisch organisierten Gesellschaft gewickelt. Lebenswichtige Zweige der Wirtschaft würden bereits von der privaten in die öffentliche Hand überführt. Die Arbeitsbedingungen hingen nicht mehr allein von der Freiheit des Marktes ab, die für den Arbeiter schlimmste Unfreiheit bedeute, sondern sie würden unter dem Einfluß der Gewerkschaften und der Sozialgesetze des demokratisierten Staates gestaltet. Auch eine Wandlung des Eigentumsrechtes sei in ihren Anfängen bereits sichtbar. Der Demokratisierung der Wirtschaft diene vor allem: Ausgestaltung des kollektiven Arbeitsrechtes, des sozialen Arbeitsschutzrechtes, paritätische Vertretung der Arbeiterkraft in allen wirtschaftspolitischen Körperschaften, Kontrolle des Monopols der Kartelle, Zusammenfassung von Industrien zu Selbstverwaltungskörpern, Ausgestaltung der Wirtschaftsbetriebe in öffentlicher Hand, Förderung der Konsumgenossenschaften, Durchbrechung des Bildungsmonopols usw.

In der Bildungsfrage fordert der Antrag des A.D.G. Ausbau des Volks- und Berufsschulwesens sowie der eigenen Bildungsbestrebungen der Gewerkschaften. In der Sozialgesetzgebung wird die dringende notwendige Vereinfachung und Vereinheitlichung gefordert. Die Verpfisterung habe in den letzten Jahren bedauerlicherweise sogar noch Fortschritte gemacht, wie die Neuerichtung von Krankenanstalten in Preußen zeige. Notwendig seien territorial aufgebauete Versicherungsträger, die, mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung, alle Zweige der Versicherung erfassen. Bei ihrer Errichtung sei auf die Leistungsfähigkeit der Versicherungsträger und auf die leichteste Erreichbarkeit durch die Versicherten Rücksicht zu nehmen. Beides sei zu erreichen durch die Ausdehnung auf große Gebiete, die entsprechend bezirklich oder örtlich zu gliedern seien. Im Versicherungsträger selbst seien den Aufgaben entsprechende Unterabteilungen zu schaffen. Schließlich fordert der Antrag noch Beseitigung der Versicherten von der Vormundschaft der Arbeitgeber und der behördlichen Bürokratie; denn die Versicherung werde ja getragen von den Beiträgen der Arbeitnehmer; die Beiträge der Arbeitgeber stammten aber ebenfalls aus dem Arbeitsertrag der Versicherten.

Eine falsche Rechnung

In fast allen Industrien und Gewerben sind heute neue Lohnbewegungen im Gange. Und fast überall bemühen sich die Herren Syndizt, nachzuweisen, daß die Löhne — entsprechend dem Lebenshaltungsinde — die Friedenshöhe, das heißt, den Stand von 1913 oder 1914 erreicht haben. Das kann in manchen Fällen zutreffen, wo Schicht- oder Wochenlöhne bestehen. In den vielen Industrien, wo nach Stundenlöhnen gerechnet wird, sehen die Dinge jedoch wesentlich anders aus.

Vor dem Kriege betrug die Arbeitszeit in den meisten Industrien zehn Stunden, wenn nicht mehr. Heute ist sie auf neun oder acht Stunden herabgesetzt. Soll also der Vorkriegsleistung erreicht werden, dann genügt es nicht, die Friedenslöhne

Was bedeutet Sozialpolitik für die Wirtschaft?

Sozialpolitische Fragen spielen noch immer im öffentlichen Leben die allergrößte Rolle. In alle öffentlichen Probleme spielen sie hinein. Die Arbeitskraft, das beste Gut des Volkes, ist eine Sache, die des Schutzes dringend bedarf. Mehr denn je muß dieser Grundgedanke heute gelten. Es war im Jahre 1828, als der preussische General v. Horn an den preussischen König eine Eingabe richtete, den Arbeiterschutz einzuführen, damit die militärische Unbrauchbarkeit durch lange Fabrikarbeit nicht noch mehr abnehme. Die damalige Regierung Preußens hat dann in einer Fabrikgesetzgebung eine Art Arbeiterschutz einzuführen versucht. Von dieser ersten staatlichen Maßnahme bis zur modernen Sozialgesetzgebung ist ein unendlich langer Weg. Immer mehr hat sich die Erkenntnis vertieft, daß Arbeiterschutz nicht nur eine menschliche, sondern eine höchst politische und nicht zuletzt wirtschaftliche Frage ist.

Dennoch gibt es Leute, die anders denken. Ihnen ist vor allem

das Ausmaß der heutigen Sozialpolitik

ein Dorn im Auge. Man spricht von der sozialen Last, von der Schwächung der Kaufkraft durch den Abzug der Sozialversicherungsgelder usw. In seinem Vortrage über das Thema „Nationalisierung der Sozialversicherung“ vor einigen Wochen auf einer Tagung des Langnam-Bereins sagte der Referent Dr. Helmuth Poensgen u. a. folgendes: „Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, daß schon seit langen Jahren von erster wissenschaftlicher und praktischer Seite auf die großen Bedenken einer Ueberspannung der Sozialversicherung hingewiesen worden ist. Die Gefahren liegen vor allem in der Erhöhung des Spartriebes, in der Erschlaffung des Mutes und des Willens zur Selbsthilfe, in dem immer stärkeren Rentenstreben, ja Rentenwahn. Diese Erkenntnis hat auch in einsichtigen Arbeitnehmerkreisen heute zweifellos an Boden gewonnen, wenn es auch nur wenige Mutige aus dem Lager der Arbeitnehmer bisher offen zugegeben haben.“

Derartige Ansichten, wie sie hier zitiert wurden, trifft man allenthalben. Deshalb ist es notwendig, das Thema

Sozialpolitik und Wirtschaft

immer wieder zu behandeln. Man hört so viel von der Pflicht zur Arbeit, jedoch von dem Recht auf Arbeit schweigt des Sängers Höflichkeit. Wenn man von einer Pflicht spricht, muß man auch ein Recht wollen, und wenn man dieses nicht zugestehen kann, wird das erstere zur einseitigen Strafe. Den allermeisten Angriffen ist die Sozialversicherung ausgesetzt.

In dieser Beziehung bestehen zwei verschiedene Gegenpole. Der eine ist die Zwangsversicherung, die wir in Deutschland haben und die sich auf Krankheit, Alter, Invalidität, Erwerbsbehinderung bei Arbeitslosigkeit usw. erstreckt. Den gegenteiligen Zustand haben wir in Amerika, wo eine Arbeiterversicherung nur in den bescheidensten Anfängen vorhanden ist. Im übrigen ist dort der Arbeiter vollständig frei. Man steht allgemein auf dem Standpunkt, daß hohe Löhne die beste Garantie des eigenen Schutzes bilden. Denn hohe Löhne machen es jedem möglich, sich vor den Wechselfällen des Lebens durch private Versicherung usw. zu schützen. Bekanntlich ist in Amerika nicht alles Gold, was glänzt; namentlich in den Schichten der ungelerten Arbeiter sieht es weniger rosig aus. Es mag sein, daß der hohe Lebensstandard des amerikanischen Arbeiters in ihm nicht die Entschlußkraft stärkt, für eine ausreichende Versicherung zu sorgen. Dennoch ist es verkehrt, die hohen Löhne

in U.S.A. lediglich auf das Fehlen einer ausgedehnten Sozialpolitik zurückzuführen.

In Deutschland hört man des öfteren die Behauptung, daß eine ausreichende Lohnhöhe deshalb nicht gewährt werden könne, weil die sozialen Lasten so überaus hoch seien. Weltgehende

Arbeiterfürsorge und hohe Löhne

seien zwei Dinge, die sich miteinander nicht vereinbaren lassen. Ausreichende Arbeiterfürsorge habe geradezu niedrige Löhne zur Voraussetzung. Des ferneren hört man den Einwand, daß die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung schwächen. Wenn der Arbeiter seinen Beitrag zur Arbeiterversicherung verzehren könne, würde die Kaufkraft in der Wirtschaft um einen erheblichen Betrag vermehrt. Zweifellos ein Einwand, der etwas Bestehendes an sich hat. Die Sache bekommt aber ein wesentlich anderes Gesicht, wenn man die Wechselfälle des Lebens, die Schwankungen der Wirtschaft usw. hierbei in Betracht zieht. Dann ergibt sich nämlich, daß infolge dieser Umstände große Menschenmassen zeitweilig von jedem Erwerb ausgeschlossen sind und damit entweder verhungern oder der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen müßten. Die fehlende Kaufkraft dieser vom kapitalistischen Wagen zermalnten würde natürlich auf dem Warenmarkt sehr spürbar sein. Nehmen wir rund 1 Million Arbeitslose, nehmen wir einen Krankenbestand von 4 v. H., ferner die durch die Invalidität, Alter und anderen Ursachen erwerbslos Gewordenen, so ergibt sich, daß mindestens 4 bis 5 Millionen Erwerbstätige, die mit den Familienangehörigen mehr als 10 Millionen ausmachen, als Käufer auf dem Warenmarkt vollständig auszuscheiden würden, wäre die Sozialversicherung in der gegenwärtigen Form nicht vorhanden.

Da sie aber vorhanden ist, tritt die durch den Abzug der Beiträge scheinbar verlorene

Kaufkraft in neuer konzentrierter Form

als Unterstützungsbeträge wieder in Erscheinung. Umgekehrt würde dies eine wirtschaftliche Katastrophe bedeuten. Das ist eigentlich eine volkswirtschaftliche Binsenwahrheit. Sie wird aber von den Kritikern nicht beachtet, weil diese lediglich die sogenannten Lasten sehen, die in den Geschäftsbüchern als Unkosten zu Buch stehen.

In der Hege gegen die Sozialversicherung schießt in der Regel die „Bergwerks-Zeitung“ den Vogel ab. Sie ist ihrem Grundsatz nach nicht untreu geworden, dem sie in ihrer Nummer 163 vom Juni 1927 folgendermaßen Ausdruck gab:

„... Drum wäre heute die Aufhebung der Klassen eine wahre Wohltat für die arbeitende Menschheit.“

Wenn ein ausgesprochenes Unternehmerorgan etwas als Wohltat für die arbeitende Menschheit anpreist, dann muß man sich diese „Wohltat“ doppelt und dreifach ansehen.

Es ist nichts als eine unverächtliche Hege, die seit Jahren gegen die Sozialpolitik getrieben wird. Ein bornierter Unternehmungsklingel steht hinter ihr, und von weiten Kreisen des Bürgertums wird sie nachgehlet. Die Arbeiterkraft wird sich aber, dessen sind wir gewiß, von derartigen unverantwortlichen Treibereien in der Wahrnehmung ihrer Interessen nicht irre machen lassen, sondern konsequent ihren Weg weiter beschreiten. Wir erachten eine ausreichende Arbeiterfürsorge als die beste wirtschaftliche Maßnahme. Schutz der Arbeitskraft ist das unbedingte Erfordernis einer gut funktionierenden und leichten Endes auch ertragreichen Wirtschaft. Daran halten wir fest.

dem Index entsprechend um 50 Proz. zu erhöhen, sondern es muß auch der Lohnausgleich für die neunte und zehnte Stunde dazugeschlagen werden. Erst dann ist die wirkliche, reale Friedenshöhe, der Vorkriegslohn erreicht. Aber auch dann erst zahlenmäßig! Denn zweifellos hat der Arbeiter heute größere Aufwendungen zu machen. Wir erinnern nur an die Lohnabzüge für die Arbeitslosenversicherung. Hätten wir diese Einrichtung nicht, dann müßten die Unternehmer bestimmt einen größeren Teil an Kommunalsteuern entrichten, weil dann doch die Ausgaben des Wohlfahrtsamtes, des früheren Armenamtes, gewaltig in die Höhe gehen würden. Das wird den Arbeitgebern jetzt erspart.

Und gegen den Lohnausgleich für die verkürzte Arbeitszeit wird im Ernst doch kein Unternehmer ansetzen können. Oder glaubt jemand, daß wäre der Weltkrieg nicht gekommen, die kulturelle Entwicklung und die damit einhergehende kürzere Arbeitszeit in den ganzen 14 Jahren stillgestanden hätte? Diesen Fortschritt der Arbeiterbewegung müssen die Unternehmer in Rechnung stellen. Weil sie es aber nicht tun, muß die Arbeiterkraft soviel Einigkeit und Macht aufbringen, um diese Anerkennung zu erzwingen.

Höhe der Arbeitslosenunterstützung nach Zwischenbeschäftigung

Zu der Frage, wie die Arbeitslosenunterstützung zu berechnen ist, wenn zunächst Arbeitslosigkeit mit Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung bestand, dann eine Zwischenbeschäftigung von weniger als 13 Wochen sich angeschlossen und nun erneut Arbeitslosigkeit eingetreten ist, hat nun auch der Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung Stellung genommen. Der in der Entscheidung Nr. 3206 (Amtl. Nachr. 1928) dazu aufgestellte „Grundsatz“ lautet:

„Hat ein Arbeitsloser nach Beginn der Arbeitslosenunterstützung eine Arbeit ausgeübt, die eine neue Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung oder Krisenunterstützung nicht begründet, so ist auch bei erneuter Arbeitslosigkeit durch Wegfall dieser Zwischenbeschäftigung für die Höhe der Unterstützung die Dreimonatsfrist des § 105 Abs. 2 Satz 1 A.D.G. von derjenigen Arbeitslosenmeldung zurückzurechnen, welche jene erste Arbeitslosenunterstützung ausgelöst hat.“

In der Begründung heißt es, aus dem Zweck und dem Zusammenhang des § 105 ergebe sich, daß dort mit dem Wort „Arbeitslosenmeldung“ nur diejenige Arbeitslosenmeldung gemeint sei, die die Arbeitslosenunterstützung bis zu ihrer Erschöpfung auslöse. Die Zwischenbeschäftigung komme daher für eine Neuberechnung der Arbeitslosenunterstützung nicht in Frage, wenn sie für eine neue Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung oder auf Krisenunterstützung nicht ausreicht.

Ausdrücklich offen läßt die Entscheidung die Frage, wie es wäre, wenn zwar 13 Wochen, aber nicht 26 Wochen erfüllt seien. Die Antwort darauf wird aber nach vorstehendem dahin zu finden sein, daß eine Neuberechnung der Unterstützung nach Beendigung der Zwischenbeschäftigung nur in Frage kommen könnte, wenn vor der Zwischenbeschäftigung Krisenunterstützung bezogen wurde.

Kommunistische Sozialpolitik

Vor einigen Tagen trat der neugewählte Kreistag des Landkreises Homburg v. d. S. zu seiner ersten Sitzung zusammen. Nach Beendigung der Tagesordnung meldete sich noch einmal der Kommunist Riedel aus Homburg zu Wort. Man erwartete irgendeinen der bekannten Demonstrationsanträge, durch die bekanntlich die „Sozialverräter“ entlarvt werden sollen. Was aber geschah? Der Herr kommunistische „Arbeitervertreter“ stellte den Antrag, die Arbeitszeit der Ladengeschäfte in den Landorten bis 8 Uhr zu verlängern. Großer Beifall bei der reaktionären Mehrheit des Kreistages, vor allem bei den Mittelständlern. Die Sozialdemokraten liegen den Kommunisten durch den Landtagsabgeordneten Witz-Dobrusel ins „Gebeiß“ nehmen.

Immer wieder fordert der F.d.A. für die Angestellten den 8-Uhr-Ladenschluß und den freien Sonnabendnachmittag. In einem Kreistag muß es aber einem Kommunisten vorbehalten bleiben, den Landrat aufzufordern, kraft Polizeigewalt den 8-Uhr-Ladenschluß zu dekretieren. Glücklicherweise reicht die Macht eines deutschnationalen Landrats nicht dazu aus, und auch nicht der Wille einer reaktionären Kreistagsmehrheit. Sonst wäre der Kommunist Sieger geblieben.

Das sind die Früchte kommunistischer Erziehung und kommunistischer „Sozialpolitik“.

Die Arbeitgeber in der Verteidigungsstellung

Die Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts in der Frage „Lehrlinge und Tarifvertrag“ haben bekanntlich der Auffassung recht gegeben, daß selbstverständlich auch der Lehrling ein Arbeitnehmer ist und deshalb der tariflichen Regelung unterliegen kann. Eine vielleicht ungewollte Anerkennung dieser vom Standpunkt der Arbeitgeber ungünstigen Situation kann man dem nachfolgenden Antrag entnehmen, den 22 Abgeordnete der Deutschen Volkspartei Anfang Juli dieses Jahres im Reichstag eingebracht haben. Er lautet:

„Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu eruchen, in dem dem Reichstag vorzuliegenden Entwurf eines Tarifvertragsgesetzes zu bestimmen, daß die Lehrlinge der Handwerkslehrlinge dem Tarifvertragsrecht nicht unterworfen sind.“

Es erscheint ausgeschlossen, daß sich für eine solche Entscheidung jemals eine Mehrheit im Reichstag finden wird.